

# GRÜN DOO

GRÜNE in Dortmund



Nr.16  
APRIL  
2014

[WWW.GRUENE-DORTMUND.DE](http://WWW.GRUENE-DORTMUND.DE)

Eine  
Gesellschaft  
für **ALLE.**

MEHR GRÜN FÜR DORTMUND.

NEHMEN SIE  
BESAMMUNG AN  
DIE GRÜNEN

Mehr  
**GRÜN** für  
Dortmund.

MEHR GRÜN FÜR DORTMUND.

NEHMEN SIE  
BESAMMUNG AN  
DIE GRÜNEN

Neue  
**ENERGIE**  
kommt von hier.

MEHR GRÜN FÜR DORTMUND.

NEHMEN SIE  
BESAMMUNG AN  
DIE GRÜNEN

KOMMUNALWAHL 2014

~~GUTER RAT~~  
**IST GRÜN!**

## Liebe Freundinnen und Freunde



am 25. Mai sind Europa- und Kommunalwahlen. Mit diesen Wahlen wird eine große Klammer um die gesamte Bandbreite der politischen Entscheidungsebenen gesetzt. Uns erwarten gleich zwei wichtige Weichenstellungen.

Die **EUROPÄISCHE Einigung** ist das Erfolgsprojekt des 20. Jahrhunderts.

Sie hat nicht nur dazu beigetragen, die Generationen übergreifenden Feindschaften der europäischen Völker zu überwinden. Die **EUROPÄISCHE UNION** bietet uns auch einen aussichtsreichen Ansatz, die großen Zukunftsaufgaben des 21. Jahrhunderts anzugehen. Längst schon wurde erkannt, dass nachhaltige Politik nicht im nationalen Alleingang zu gestalten ist. Solidarität, Zusammenwachsen und mehr demokratische Strukturen sind hier die entscheidenden Stichworte. In diesem Sinne haben wir mit unserem **GRÜNEN EUROPAwahlprogramm** den **GREEN-New-Deal** weiterentwickelt.

Wir dürfen **EUROPA** nicht den Verwalter\*innen des Stillstands überlassen – jenen, von denen sich die Zukunft lange schon verabschiedet hat. **EUROPA** darf auch nicht in die Hände derer fallen, die ihr fades, nationalistisches Süppchen kochen wollen. Unser Bekenntnis zu **EUROPA** ist prinzipieller Art. Kein kleines „ja“ zu **EUROPA** mit einem nachgeschobenen lauten „aber“. Für uns gilt beim Thema **EUROPA**: „**JAI! Und nochmals JAI!**“

Am 25. Mai 2014 wählen wir auch den **Rat der Stadt DORTMUND** und die **Bezirksvertretungen**.

In den vergangenen fünf Jahren erlebten wir in **DORTMUND** eine gefühlte große Koalition. In den wichtigen Fragen – **DORTMUNDER Energiewende**, Zukunft

des Flughafens, Fragen der Integration und Umgang mit Flüchtlingen, soziale Herausforderungen in unserer Stadt – hat uns diese Koalition kaum einen Deut vorangebracht. Geändert hat sich in dieser Zeit auch nicht die oft beklagte Machtarroganz, die Akteure der **DORTMUNDER** Politik bisweilen an den Tag legen.

Beispielhaft sei hierfür jenes unwürdige Manöver, das der noch amtierende Oberbürgermeister auf den letzten Metern der Wahlvorbereitung hinlegte. Hinter seiner kurzfristigen Rücktritt- und Kandidatur-Aktion steckt augenscheinlich der Versuch, sich ganz unverfroren eine günstige Ausgangsposition zu verschaffen. Nach allen Skandalen, die im Zusammenhang mit seiner Partei stehen (z. B. Wahllüge 2009, Hängepartie um Wiederholungswahl 2012), hat er damit der politischen Kultur in **DORTMUND** keinen guten Dienst erwiesen.

Mit unserem Kommunalwahlprogramm und unseren Kandidat\*innen bieten wir eine Alternative zu jener Politik, die an oberbayrische Politfürst\*innen und Berliner Auf-der-Stelle-Treter\*innen erinnert. Über die OB-Kandidatur von Daniela Schneckenburger für die **DORTMUNDER GRÜNEN** freuen wir uns dabei um so mehr und fühlen uns auf die Kommunalwahl 2014 bestens vorbereitet.

Die vorliegende **GRinDO** zeigt die ganze Bandbreite unseres **GRÜNEN** Engagements. 32 Seiten voller guter Gründe, sich für die **GRÜNE Sache** einzusetzen.

**Mehr GRÜN –  
nicht nur für hier in DORTMUND!**  
Lasst uns die Sache also beherzt angehen!

Ihr und Euer

Remo Licandro

Sprecher des Kreisverbands Dortmund

# Inhalt

## Inhaltsverzeichnis

Echt schräg: <b>Remo Licandro</b>	2
<b>Sven Giegold</b> Spitzenkandidat für die Europawahl der GRÜNEN in NRW	
- Mehr GRÜN – Für ein besseres Europa	4
- Handelsabkommen TTIP	5 – 6
<b>Markus Kurth</b>	
- Grüße aus Berlin	7
<b>Daniela Schneckenburger</b>	
Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin in Dortmund	8 – 11
<b>Themen zur Wahl</b>	
- Fünf turbulente Jahre – War was? Bleibt was?	12
- Gute Zuflucht Dortmund	13
- Kleine und große Heuschrecken	14
- Die letzten Freiräume bewahren	14
- An 365 Tagen gegen Rechts	15
- Radfahren ausgebremst	15
- Lärmende Bruchlandung erwartet	18
<b>Unsere Ratskandidat*innen</b>	16 – 17
<b>Die Stadtbezirke</b>	
Aplerbeck	19
Brackel	20
Eving	21
Hörde	22
Hombruch	23
Huckarde	24
Innenstadt-Nord	25
Innenstadt-Ost	26
Innenstadt-west	27
Lütgendortmund	28
Mengede	29
Scharnhorst	30
<b>Aufnahmeantrag</b>	31
<b>Impressum</b>	32

## MEHR GRÜN – FÜR EIN BESSERES EUROPA CHANGE EUROPE. VOTE GREEN.

Am 25. Mai geht es nicht nur um eine Wahl – es geht um die Europäische Einigung! Populist\*innen von links und rechts wollen Europa renationalisieren. Wir GRÜNE stehen dagegen für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und für die Europäische Demokratie.

Doch die demokratischen Grundrechte in Europa sind bedroht, wenn z.B. in Griechenland das Geld für Krankenhäuser zusammengekürzt wird und viele Menschen keine Gesundheitsversorgung mehr bekommen. In Spanien ist über die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, das ist ein Problem für ganz Europa. Wir dürfen nicht zulassen, dass die verantwortungslose Zockerei der Finanzindustrie den wirtschaftlichen Zusammenhalt Europas zerstört. Wir GRÜNE stehen für eine Europäische Wirtschafts- und Sozialunion mit gemeinsamen sozialen Grundrechten und Mindeststeuersätzen.

Um aus der Krise zu kommen, brauchen wir keine Abwicklung der Europäischen Klimapolitik, wie die Große Koalition sie unterstützt, sondern Entschiedenheit und Investitionen. Zukunftsinvestitionen in Energie- und Rohstoffeffizienz, Erneuerbare Energien, Bildung, nachhaltige Landwirtschaft können uns in ganz Europa helfen, aus der Krise zu kommen und unabhängig von teuren Ölimporten zu werden.

Die ökologische Frage können wir nur global beantworten, aber Europa muss voran gehen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Nur wenn die EU klare Vorgaben macht. Die Energiewirtschaft gehört auf ein neues Fundament. Deshalb kämpfen wir GRÜNE gegen Atomkraftwerke – in Deutschland wie überall in Europa, diese Technologie gehört auf den Friedhof der Geschichte. Die Zukunft der Energie ist effizient und erneuerbar!

Europa kann nicht zulassen, dass an seinen Grenzen zu tausenden Flüchtlinge elendig ertrinken! Der Libanon hat ca. 900.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Es ist skandalös, dass wir in Deutschland über 5.000 oder 10.000 überhaupt diskutieren. Wir GRÜNE wollen eine schnelle und unbürokratische Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa und ein Ende des menschenunwürdigen Umgangs mit ihnen.

Der politische Prozess wird immer mehr vom Lobbyismus mächtiger Sonderinteressen manipuliert. Dem stellen wir GRÜNE uns entgegen – gerade in Europa. Wir wollen kein Handelsabkommen mit den USA, das Umwelt- und Verbraucherschutzstandards unterläuft und die Interessen großer globaler Konzerne über unsere demokratischen Rechte stellen würde. Deswegen fordern wir das Aussetzen der Verhandlungen und ein neues, viel engeres Verhandlungsmandat.

Viele Bürger\*innen denken bei der EU an Bürokratie und Regelungswut. Wir meinen: Entscheidungen sollen so dezentral wie möglich gefällt werden. Wir wissen: Für die großen Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Frieden, Menschenrechte und wirtschaftliche Stabilität brauchen wir mehr Europa. Gleichzeitig muss Europa lernen, die Kirche im Dorf zu lassen: Die öffentliche Daseinsvorsorge – zum Beispiel die Trinkwasserversorgung – wollen wir in der Hand der Kommunen belassen. Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit ihren Besonderheiten schützen wir auch in einer Europäischen Bankenunion.

**Sven Giegold,**

Spitzenkandidat für die Europawahl

Das GRÜNE Programm zur Europawahl finden Sie hier: <http://www.gruene.de/themen/europa/europawahlprogramm-2014.html>



# HANDELSABKOMMEN TTIP – DAS **TROJANISCHE PFERD** BEIM STURM DER LOBBYISTEN AUF DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

**Europa ist Freiheit.** Entscheidungsfreiheit. Durch das direkt gewählte Europaparlament setzen Bürgerinnen und Bürger der EU dem Binnenmarkt Regeln: gegen giftige Chemie und Gentechnik im Essen. Für mehr Erneuerbare Energien und Banken, die endlich den Menschen dienen. Das ist ein Gewinn dank der Vereinigung Europas. Denn Deutschland ist im globalen Maßstab inzwischen zu klein für eine soziale Marktwirtschaft. Große Konzerne können einzelne Länder gegeneinander ausspielen. Auch die Banken haben das in der Krise oft getan. Nur gemeinsam kann die EU die Bedingungen diktieren. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, wird bisher vor allem für Chlor-desinfizierte Hühnchen, Genmais und Rindfleisch voller Hormone kritisiert. Auch wir wollen gesundes Essen, das sind richtige Argumente. Aber noch gefährlicher ist der Angriff durch TTIP auf unser demokratisches Recht, unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch gestalten zu können.

Denn im TTIP-Vertrag sollen neue Sondergerichte und ein Klagerecht speziell für Konzerne festgeschrieben werden. Scheinbar ungefährlich ist von „Investitionsschutz“ die Rede. Konzerne bekommen „gerechte und billige Behandlung“ garantiert. Doch dahinter verbergen sich knallharte Regeln zum Schutz der politischen Interessen von großen Investor\*innen. In solchen Schiedsgerichten entscheiden nicht Richter\*innen,

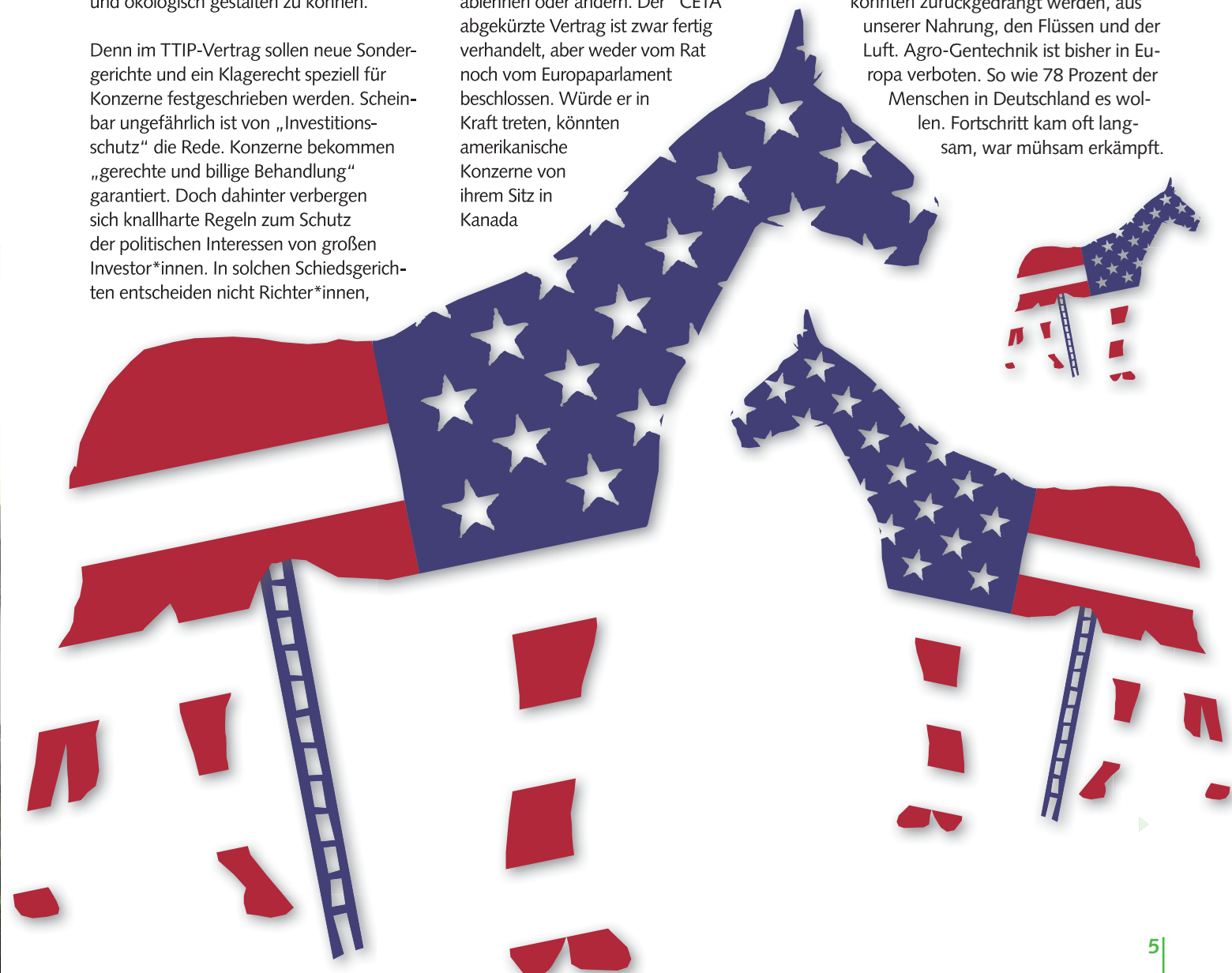
sondern spezialisierte Anwalt\*innen, die oft vorher Konzerninteressen vertreten haben. Verhandelt wird geheim. Entscheidungen können nicht durch ordentliche Gerichte angefochten werden. Die Folge: Mit Verweis auf diesen schwammigen Schutzstandard in schon bestehenden Verträgen klagt der Energiebetreiber Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland und verlangt über 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz. Durch TTIP entstünde ein umfassendes privilegiertes Rechtssystem für internationale Investor\*innen. Dem müssten sich alle TTIP-Mitgliedstaaten, deren Parlamente, Regierungen und sogar Gerichte unterordnen.

Inzwischen sagt die Bundesregierung, diese neuen Schiedsgerichte seien gar nicht nötig. Das Verhandlungsmandat gilt aber weiter.

Wenn die Bundesregierung Investor-Staats-Klagen wirklich ablehnt, muss sie auch das Freihandelsabkommen mit Kanada ablehnen oder ändern. Der „CETA“ abgekürzte Vertrag ist zwar fertig verhandelt, aber weder vom Rat noch vom Europaparlament beschlossen. Würde er in Kraft treten, könnten amerikanische Konzerne von ihrem Sitz in Kanada

klagen. Auch ohne TTIP. Quebec wird bereits nach ähnlichen Regeln wegen dem Moratorium für Fracking verklagt. Beide Abkommen gehen so gar nicht.

Mit Blick auf die europäische Erfolgsgeschichte wären solche Sondergerichte jedenfalls ein riesiger Rückschritt. Die europäische Einigung brachte Frieden. Die soziale Marktwirtschaft brachte große Fortschritte zu sozialem Frieden in die Gesellschaft. Ihr geistiger Vater, Alfred Müller-Armack, Staatssekretär unter Ludwig Erhard wollte, dass der Markt als „tragendes Gerüst“ in „eine bewusst gesteuerte, und zwar sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ eingebettet wird. Bürgerbewegungen und GRÜNE Parteien haben zum sozialen auch ein ökologisches Gerüst dazu gebaut. In den 1970ern wehte der saure Regen über europäische Binnengrenzen und langsam übernahm die EU den zum Handel passenden Umweltschutz. Giftige Chemikalien konnten zurückgedrängt werden, aus unserer Nahrung, den Flüssen und der Luft. Agro-Gentechnik ist bisher in Europa verboten. So wie 78 Prozent der Menschen in Deutschland es wollen. Fortschritt kam oft langsam, war mühsam erkämpft.



Aber je mächtiger das Europaparlament wurde, desto mehr konnte es den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. Massentierhaltung, Kohle und Atom, betrügerische Banken: Bisher können wir hoffen, dass Protest und neue Mehrheiten Probleme lösen konnten.

Ob die Demokratie noch reagieren kann, steht jetzt aber auf dem Spiel. Ein Ende des sozialen und ökologischen Fortschritts droht durch die dauerhafte „regulatorische Zusammenarbeit“, mit der TTIP zum „lebenden“ Vertragswerk werden soll. Die Gremien, die Leben in den Vertrag bringen sollen, klingen aber eher nach Frankenstein. Dort sollen Lobbyist\*innen diskutieren, ob von den Parlamenten diskutierte, neue Regeln schädlich für den Handel im Geltungsbereich des TTIP sein könnten. Schon jetzt kritisieren Viele zu Recht den Einfluss von Lobbyist\*innen in Brüssel. Aber obwohl es viel mehr Lobbyisten als Abgeordnete gibt, behält die Demokratie immer wieder die Oberhand. Wenn TTIP käme, würden die Machtverhältnisse umgekehrt. Lobbyisten und der US-Kongress bekämen ein Veto in europäischen Entscheidungen. Das ist nicht die Freiheit, die wir an Europa lieben.

Eine öffentliche Debatte über diese Bedenken ist kaum möglich, weil die laufenden Verhandlungen geheim sind. Um endlich frei diskutieren zu können, haben wir GRÜNE das Verhandlungsmandat jetzt unter [www.ttip-leak.eu](http://www.ttip-leak.eu) veröffentlicht, damit sich alle selbst ein Bild davon machen können. Wichtige Teile der Verhandlungen bleiben aber geheim. Dabei kennen NSA

und amerikanische Verhandler die Papiere doch wahrscheinlich ohnehin. Und warum macht die EU dann ihre Positionen in Verhandlungen der Welthandelsorganisation und bei Welt-Klimagipfeln öffentlich?

Wir wollen die volle Transparenz der Verhandlungen um TTIP. Wir wollen ein Verhandlungsmandat, das unsere demokratische Selbstbestimmung und unsere sozialen und ökologischen Standards unangetastet lässt, und keine Sonderrechte für Konzerne schafft. Deshalb werden wir die Europawahl am 25. Mai zu einer Abstimmung über TTIP machen. Ohne neues, viel schlankeres Verhandlungsmandat gibt es mit uns kein Abkommen. Der Sozialdemokrat Martin Schulz und der Konservative Jean-Claude Juncker kämpfen bei der Wahl um den Job als EU-Kommissionspräsident. Beide werden zu einer Mehrheit Koalitionspartner\*innen brauchen. Unsere GRÜNEN Stimmen bekommt nur, wer die Demokratie und das Gemeinwohl in der EU schützt.



**Sven Giegold**

44 Jahre, (Co-)Spitzenkandidat

Seit 2009 arbeite ich im Europaparlament als wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der GRÜNEN für eine GRÜNE Reform der Finanzmärkte im Interesse der Verbraucher\*innen, der Steuerzahler\*innen und der Demokratie. Dabei haben wir GRÜNEN viel durchgesetzt: Die harte Beschränkung der Nahrungsmittelspekulation und die strenge EZB-Aufsicht über alle Großbanken, doch immer wieder scheitern wir an der Macht der Finanzunternehmen. Daher habe ich in den fünf Jahren vor allem eines gelernt: Wir müssen wirtschaftliche und politische Macht strikt trennen. Denn mächtige Lobbys haben zu viel Einfluss auf die Gesetzgebung in Brüssel wie in Berlin.

Aufgewachsen bin ich in Hannover. Schon früh habe ich mich ökologisch und politisch engagiert; erst in der Jugendumweltbewegung und der BUNDjugend. In Lüneburg, Bremen, Paris und Birmingham (UK) habe ich Wirtschaftswissenschaften, Politik und Erwachsenenbildung studiert und mit einem Master abgeschlossen. Nach dem Studium habe ich in Verden/Aller ein Ökologisches Zentrum mit 50 Arbeitsplätzen mit aufgebaut, das wächst und gedeiht. Auch danach war das zivilgesellschaftliche Engagement in Bewegungen, Attac, BUND und beim Deutschen Evangelischen Kirchentag prägend für mich. Seit 2008 bin ich als Quereinsteiger in der Parteipolitik bei den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen engagiert. An unserer GRÜNEN Antwort auf die Krise, dem GREEN New Deal, habe ich maßgeblich mitgearbeitet. Bei allem trägt mich eine Grundüberzeugung: Wir können Klimaschutz, Finanzmarktstabilität, Schließung von Steueroasen und Steuergerechtigkeit, Schutz der Menschenrechte und des Friedens nur erreichen mit einem einigen, starken Europa. Renationalisierung nach der Krise ist der falsche Weg in die Zukunft. Europa braucht vielmehr eine echte Europäische Demokratie, Soziale Rechte, Verantwortung und Engagement aller Mitgliedsländer und ihrer Bürger für den gemeinsamen Zusammenhalt.

Mehr über meine Arbeit:  
[www.sven-giegold.de/](http://www.sven-giegold.de/)



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

seit einigen Wochen nimmt der Sitzungsbetrieb im Deutschen Bundestag wieder Fahrt auf. Die Große Koalition („GroKo“) setzt einerseits die ersten Vorhaben auf die Schiene und sammelt auf der anderen Seite ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag wieder ein. Auf beiden Seiten sieht es leider nicht gut aus.

### Die Zerstörung der Energiewende ist in vollem Gang!

Aus der Energiewende machen die Sozialdemokraten ein Schutzprogramm für die Industriedinosaurier RWE, Vattenfall und E.on. Absichtsvoll sollen dezentrale Investitionen in erneuerbare Stromerzeugung durch Einzelpersonen oder Energiegenossenschaften von Bürgerinnen und Bürgern unattraktiv gemacht werden. Dabei geht es weniger um die oftmals hysterisch diskutierte Umlage, sondern um neue Sonderregelungen (z.B. Vergütung nach Ausschreibung), die kleine Erzeuger systematisch vom Markt drängen. Allein durch die Bekanntgabe seiner Pläne hat Siegmund Gabriel die Energiewende gestoppt: Wegen der enormen Unsicherheit, wie es weitergeht, wird derzeit nicht ein Windrad neu gebaut!

### Mehr Geld für Dortmund vom Bund? Versprochen – gebrochen!

Wolfgang Schäuble löst das für die Kommunen so wichtige Versprechen der finanziellen Entlastung nicht ein. Das ist seit dem 12. März mit der Vorstellung der „mittelfristigen Finanzplanung“ der Bundesregierung klar. Für die Bürgerinnen und Bürger Dortmunds ist das gebrochene Versprechen der finanziellen Entlastung der Städte und Gemeinden besonders bitter. Was hatte die „GroKo“ nicht alles in Aussicht gestellt, um die Zustimmung zum Koalitionsvertrag zu erhalten: Allein fünf Milliarden Euro jährlich sollten die Kommunen im Laufe der Wahlperiode zusätzlich zur Verfügung haben, indem der Bund rund ein Drittel der Kosten für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen übernimmt. Für Dortmund hätte das jährlich 37,5 Millionen Euro Entlastung bedeutet. Bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes sollten die Kommunen ab sofort eine Milliarde Euro pro Jahr erhalten. (Anteilig für Dortmund: 8 Millionen Euro). Jährlich anderthalb Milliarden

Euro sind den Ländern für den Bereich Bildung versprochen – die Kommunen hofften zumindest auf einen Teil der Mittel zur unterstützenden Finanzierung der Schulsozialarbeit (Kosten Dortmund: 4 Millionen Euro).

### Leichtgläubige SPD-Basis lässt sich von Hannelore Kraft täuschen

Gerne ließen die Spitzen von Union und SPD ihre Mitglieder und ihre kommunalen Mandatsträger\*innen in dem Glauben, dass diese Ankündigungen im Koalitionsvertrag unumstößlich sind. Quasi als großes Ehrenwort überschrieben die Koalitionäre die „Liste der prioritären Vorhaben“ mit dem Satz, dass diese nicht unter Finanzierungsverbehalt stünden. Freilich galt schon damals: Wer die mittelfristige Finanzplanung des Bundes kannte und sie mit der eisernen verteidigten Weigerung der CDU, Steuern zu erhöhen, kombinierte, konnte sich leicht ausrechnen, dass die Erfüllung aller Versprechen des Koalitionsvertrages praktisch unmöglich sein würde. Oder um mit Franz Müntefering zu sprechen: Die Rechenarten der Volksschule Sauerland lassen sich nicht außer Kraft setzen! Ich habe gemeinsam mit den GRÜNEN Haushaltspolitiker\*innen schon vor Monaten darauf hingewiesen, dass die „Liste der prioritären Maßnahmen“ nicht gegenfinanziert ist. Und ich bin sicher, dass auch Hannelore Kraft, die ja zur engeren Verhandlungsgruppe der „GroKo“ gehörte, genau Bescheid wusste, aber schwieg. Doch die Verbände der Städte und Gemeinden wie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Landkreistag waren wohl so freudetrunken über die Versprechen, dass sie die Mahnungen nicht hören wollten. Genauso wie der Dortmunder OB Ulrich Sierau, der im Januar mit einer Delegation der Oberbürgermeister\*innen und Landräte des Ruhrgebiets in Berlin war, um die Erwartungen der Region den Bundespolitikern zu vermitteln.

### Trübe Perspektiven mit CDU und SPD

Die Gesamtlage aus Dortmunder Sicht ist leider wenig erfreulich: Während die Entlastung bei den Sozialausgaben in den Sternen steht, kann man andererseits ziemlich sicher sein, dass RWE auch in den kommenden Jahren wirtschaftlich in schweren Problemen stecken und mithin kaum Dividenden zahlen kann. Diese aber hat die Stadt als Einnahmen einkalkuliert. Darüber hinaus bestehen erhebliche Zinsrisiken. Wenn die Europäische Zentralbank eines Tages den Leitzins wieder anhebt, wird es teuer. Auch für die Zeit ab 2018 sollten die Kommunen nicht auf den Bund vertrauen. Dann nämlich sind die Rücklagen der Rentenversicherung, mit denen die GroKo ihr Rentenpaket bezahlt, aufgebraucht. Das heißt: Zehn Milliarden Euro zusätzlich müssen dann Jahr für Jahr mit Sozialabgaben und Steuerzuschüssen für die Rente aufgebracht werden. Wer glaubt da noch an weitere fünf Milliarden Euro für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen?

Es ist einigermaßen bitter zu sehen, wie falsche Versprechen und getrogene Hoffnungen die Grundlage schwarz-roter Finanzpolitik sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren im Wahlkampf ehrlich und haben klar gesagt, dass sich Verbesserungen langfristig nur mit höheren Steuereinnahmen finanzieren lassen. Die Union schwor, die Steuern nicht zu erhöhen und erhöht künftig die Steuern der kleinen Leute – nämlich die Sozialbeiträge. Sie lässt die Kommunen im Stich und verschiebt finanzielle Verpflichtungen in die Zukunft. Das GRÜNE Steuerkonzept muss sicher noch einmal geprüft und angepasst werden. Aber auch in den kommenden Jahren betreiben GRÜNE keine Politik der ungedeckten Schecks. Die Zukunftsaufgaben „ökologischer Wandel“, „demografischer Wandel“, „Inklusion“ und die langfristig tragfähige soziale Sicherung bedürfen einer soliden Finanzierung. Und dafür steht im Deutschen Bundestag wie auch im Rat der Stadt Dortmund nur eine einzige verlässliche politische Kraft.

### Schöne Grüße aus Berlin

*Manfred Kurth*  
(Bundestagsabgeordneter)

# LIEBE DORTMUNDERINNEN UND

Unsere Stadt hat mehr verdient:  
Mehr Lebensqualität, mehr Grün, mehr Bürger\*innen-  
beteiligung, eine bessere Haushaltspolitik. Und ich bin  
der Überzeugung: Unsere Stadt kann auch mehr.

Darum bewerbe ich mich am 25. Mai um das Amt  
der Oberbürgermeisterin von Dortmund.

## Zustände an den Schulen ändern

Ein entscheidender Faktor bei der Verbesserung der Qualität unserer Stadt sind die Bildungschancen unserer Kinder – und gerade auch der Kinder aus benachteiligten Familien. Es ist mir daher besonders wichtig, die Kindertagesbetreuungsplätze in Dortmund auszubauen. Für 34 Prozent der unter Dreijährigen haben wir Ganztagsbetreuungsangebote. Da hat sich viel getan. Aber es ist immer noch zu wenig. Der Ausbau einer pädagogisch guten Kindertagesbetreuung für Kinder, Mütter und Väter in unserer Stadt muss schneller voran kommen. Es geht mir darum,

- dass damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle möglich ist,
- dass ein Berufseinstieg oder einen Ausbildungsabschluss nicht an fehlender Tagesbetreuung scheitern darf
- und dass Bildungsbenachteiligung nicht schon in den ersten Lebensjahren beginnt.

Auch marode Schulen, fehlende Aufenthaltsräume und Kantinen zeigen, dass wir uns hier mehr anstrengen müssen. In keinem größeren Unternehmen würde es ein Betriebsrat akzeptieren, dass Menschen den ganzen Tag arbeiten, ohne eine Mittagsverpflegung und einen Pausenraum zu haben – an unseren Schulen ist das vielfach Alltag.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Sie sind damit auch Investitionen, unsere Stadt aus den Spitzenplätzen der Negativstatistik herauszubringen. Die Menschen in Dortmund haben viel geleistet in den vergangenen Jahrzehnten. Der Strukturwandel kostete Arbeitsplätze in der Stahlindustrie und im Bergbau und erforderte eine enorme Kraftanstrengung. Seine Folgen sind nicht bewältigt. Darum ist es wichtig, Universität, Fachhochschule und Stadt mehr miteinander zu verzahnen, ihre Kreativität und ihr Wissen in der Stadt zu halten und intensiver daran zu arbeiten, dass junge Gründerinnen und Gründer Unternehmen in Dortmund aufbauen.

Dazu gehört, den Ausbildungskonsens zu erneuern und den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern: Ein in Zukunft drohender Fachkräftemangel wäre ein großes Entwicklungshemmnis für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die auch in Dortmund das Rückgrat der Wirtschaft bilden.

## Sparsamer Umgang mit Flächen

Neuansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen brauchen Flächen. Die Wirtschaftsförderung in Dortmund hat bisher viel zu großzügig Gewerbeflächen im Freiraum ausgewiesen. In einer Großstadt wie Dortmund müssen wir aber Nutzungskonflikte um Flächen besser austarieren, und vor allem mit besseren Konzepten arbeiten, als dies bislang der Fall ist. Künftig wird die Lebensqualität einer Stadt noch mehr als bisher darüber entscheiden, ob ein Unternehmen qualifizierte Fachkräfte gewinnen und halten kann – und Lebensqualität in einer Stadt wie Dortmund heißt auch, Freiflächen zu erhalten.



# DORTMUNDER!

Es gibt viel zu tun in unserer Stadt. Noch immer taucht Dortmund in vielen Negativstatistiken an prominenter Stelle auf: Wenn es um das Armutsrisiko geht, wenn es um die Anzahl erwerbsloser Menschen geht – wir sind immer ganz vorne dabei.

## Das muss sich ändern.

Für die Gewerbeflächenentwicklung muss eine Verwaltung darum kooperativer denken: Wenn in Bochum-Langendreer Opel seinen Standort aufgibt, ist das eine gute Chance für ein interkommunales Gewerbegebiet. Für die Entwicklung der Westfalenhütte wäre es notwendig, mit den Flächeneigentümern Modelle auch in Dortmund zu entwickeln, die das Entwicklungstempo im Interesse der Stadt beschleunigen.

### Intelligenter Verkehr

Lebensqualität in einer Großstadt heißt, in Arbeit und Freizeit mobil sein zu können – ohne im Stau zu stehen oder auf ein eigenes Auto angewiesen zu sein. Es ist darum wichtig, dass wir in unserer Verkehrspolitik Nahverkehr und Fahrradverkehr stärken, Car-Sharing einbinden und E-Mobilität unterstützen. Köln macht es uns vor. Dort wächst derzeit ein Car-Sharing-Modell, das E-Mobilität einbindet. Warum soll das nicht auch bei uns möglich sein? Mehr Ladesäulen im öffentlichen Raum, kostenloses Parken für E-Mobile – auch was uns in Arnberg vorgemacht wird, sollte in Dortmund nicht unmöglich sein.

Und dazu: Ein intelligentes Logistik-Konzept, das verhindert, dass täglich fünf verschiedene Paketdienste durch Anwohnerstraßen brausen – das Konzept ist da, man muss es anpacken. Mit dem Ausbau von Straßen lösen wir unsere Verkehrsprobleme jedenfalls nicht mehr.

### Lärmendes Millionengrab

Hinzu kommt: Lärm belastet uns alle. Auch darum ist der von SPD/CDU gewollte Ausbau des Flughafens falsch und würde weitere Millionen am Flughafen versenken – in einer Investition, die aus sich

heraus noch nie tragfähig war. Über die Jahre hinweg verschlang der Flughafen 450 Millionen Euro städtischer Subventionen. Auch wenn die EU-Beihilferegulungen dem Flughafen mehr Zeit zum Abbau dieser Subvention einräumen werden, bleibt nicht nur das Finanzierungsproblem. Es bleibt auch die beständige Drohung, die Nachtruhe der Menschen in der Nähe des Flughafens durch längere Betriebszeiten noch weiter einzuschränken. Für mich ist klar:

- Die Subvention des Flughafens ist klimaschädlich.
- Sie ist haushaltspolitisch unvernünftig.
- Und sie bringt eine Belastung der Lebensqualität der Menschen in Flughafennähe mit sich, die angesichts der Nähe des internationalen Flughafens Düsseldorf überflüssig ist.





### Eine lebendige Gesellschaft

Dortmund ist eine Stadt mit Menschen unterschiedlicher Talente, mit unterschiedlichen Lebensweisen, mit unterschiedlicher Herkunft. Diese Vielfalt hat unsere Stadt schon immer bereichert.

Allen Versuchen, die Stadt mit Rassismus spalten zu wollen, allen Versuchen, Mitbürger\*innen zu bedrohen und allen Versuchen, rechtsradikale Strukturen aufzubauen zu wollen, müssen die Stadt und die gesamte Zivilgesellschaft klar entgegentreten.

Wir haben hier viel aus der Stadtgesellschaft heraus und mit der Stadt gemeinsam bewegt. Und es zeigen sich Erfolge. Dennoch dürfen wir in den Anstrengungen nicht nachlassen. Gerade die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereine oder Bürgerinitiativen in den betroffenen Stadtteilen müssen wir stärken und unterstützen. Denn: Vielfalt verbindet und bereichert. Wir sollten sie fördern und ihre Chancen nutzen. Und: Eine Bürger\*innengesellschaft, die ihre Zukunft selbstbewusst gestaltet, besteht aus unterschiedlichen Lebenserfahrungen, aus unternehmerischer Kreativität und Verantwortung und nicht zuletzt aus der Bereitschaft, sich ehrenamtlich in vielfältiger Art und Weise zu engagieren. Aus dieser Bürger\*innengesellschaft entsteht auch das Potential, schwierige Quartiere mit kreativen Ideen wieder zu neuem Leben zu entwickeln.

### Kreatives Grün

Ein Beispiel für kreative, GRÜNE Stadtgestaltung ist das „Urban Gardening“. Dabei werden städtische Freiflächen, Brachen oder auch Baumscheiben gemeinsam bearbeitet und begrünt. Gemeinschaftlich werden Ideen entwickelt und interkulturelle Begegnungen ermöglicht. Solche Initiativen wachsen auch in Dortmund. Verwaltung und Politik sollen sie unterstützen, ohne sie zu bevormunden. Zum Beispiel, indem ein Freiflächen-Kataster für Urban Gardening erstellt wird. Oder indem unbürokratisch Probleme mit Wasserversorgung und Müllentsorgung gelöst werden. Der Rest wächst – von selbst und selbstbestimmt. Die Verwaltung sollte sich an dieser wie an anderer Stelle als Partnerin der Bürger\*innen auf Augenhöhe verstehen, zuweilen auch als Moderatorin – neben der selbstverständlichen Dienstleistungsfunktion.

Urban-Gardening-Initiativen sind Teil einer neu entstehenden kreativen Klasse in der Stadtentwicklung, die gerade schwierige Sozialräume entwickeln helfen kann. Dies gilt nicht nur für die Rheinische Straße, wo sich in einem Stadtanierungsgebiet Initiativen und Künstler\*innen in den Freiräumen angesiedelt haben.

### Aufstieg für die Nordstadt

Solche kreative Unterstützung brauchen wir auch für die Nordstadt, die ein schwieriges Quartier trotz zahlreicher Programme geblieben ist. Die DOGEWO hat begonnen problematische Immobilien anzukaufen. Diesen Weg sollte sie konsequent und im Schulterchluss mit privaten Immobilienbesitzern in der Nordstadt weiter verfolgen. Das Brunnenstraßenviertel zum Beispiel braucht eine solche Entwicklung. Noch in den siebziger Jahren prägten Student\*innen das Quartier. Heute stehen viele Häuser leer oder verfallen. Hier würde es sich lohnen, als Stadt gezielt und verabredet mit Privaten eine behutsame Sanierung zu beginnen, die Studierende, Familien, Wohnprojekte ins Quartier zieht. Partner könnten Fachhochschule und Universität sein. Fördermittel des Landes zur Quartiersanierung stehen bereit. Dortmund braucht nur mit einem qualifizierten, auf sozialen Ausgleich und Generationengerechtigkeit gerichteten Konzept darauf zugreifen.

Ordnungspolitik und klassische Sozialpolitik jedenfalls reichten erkennbar nicht aus, die Nordstadt zu stabilisieren – und dennoch sind sie in einem Bündel von Maßnahmen notwendig, um die Integrationschancen von Zugewanderten zu verbessern und soziale Konflikte zu entschärfen. Dabei ist es auch wichtig, Unternehmer\*innen mit Migrationshintergrund einzubeziehen, die als Ausbilder\*innen und Arbeitgeber\*innen in der Nordstadt eine wichtige Funktion erfüllen.



### Mit Augenmaß haushalten

Keine Stadt kann ihre richtigen Konzepte umsetzen ohne Geld. Dortmunds Haushalt bewegt sich seit Jahren am Rande der Haushaltsicherung. Marode Straßen, kaputte Schultoiletten, schlecht isolierte öffentliche Gebäude brauchen Investitionen – ebenso wie Bildung, soziale Hilfen, Kultur, Wirtschaft.

Wir sollten unser Geld nicht in energiepolitisch falsche und defizitäre Investitionen wie die Beteiligung an einem Steinkohlekraftwerk in Hamm lenken, die uns jährlich mindestens 15 Millionen Euro Verlust kosten wird. Die Zeit finanzieller Abenteuer muss endgültig vorbei sein. Wir brauchen eine nachhaltige Haushaltspolitik, die auch die Strukturen der Verwaltung immer wieder überprüft, effiziente Kooperationen mit anderen Kommunen angeht und vorhandene Mittel darauf konzentriert, die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Dass das Klinikum Dortmund inzwischen einen erfolgreichen Konsolidierungsprozess vollzogen hat, zeigt, dass es möglich ist, auch staatlich erfolgreich zu wirtschaften – und wie falsch die von FDP und CDU vorgetragene Formel „Privat vor Staat“ immer war.

### Das ist: Daniela Schneckeburger

Jahrgang 1960, sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Von 1994 bis 2006 saß sie für die GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund, von 1996 bis 2006 war sie Sprecherin der GRÜNEN Ratsfraktion. Bereits zur Kommunalwahl 2004 kandidierte sie für das Amt der Oberbürgermeisterin. 2005 und 2006 war sie Sprecherin des

### Zeugen der Geschichte erhalten

Und darum noch ein Wort zum ehemaligen „Museum am Ostwall“. Es ist richtig, wenn der Rat darauf achtet, dass hier kein Konzept entsteht, das neue Kosten in einem unterfinanzierten Haushalt produziert. Insofern ist seine Entscheidung angesichts mangelnder Initiativen und mangels erarbeiteter Alternativen durch die Verwaltung nachvollziehbar.

Aber angesichts der stadthistorischen Bedeutung, die dieses Gebäude hat, und angesichts dessen, dass wir nach der Zerstörung Dortmunds im Zweiten Weltkrieg mit bauhistorisch und stadthistorisch bedeutsamen Gebäuden in der Innenstadt und der Stadt wirklich nicht gesegnet sind, hätte man sich von der Verwaltung mehr gewünscht. Nämlich, dass sie konzeptionell weiter denkt und ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept erarbeitet – zum Beispiel ein Gründerzentrum für Architekt\*innen. Städtebaufördermittel des Landes könnten notwendige Investitionen am Gebäude weitgehend finanzieren.

Nun schreiben uns international anerkannte Architekt\*innen und viele engagierte Bürger\*innen ins Stammbuch, welchen Verlust die aus der CDU vorbereitete Entscheidung für die Stadt bedeuten würde. Und in der Tat: Unsere Stadt hat eine lange und bedeutsame Geschichte als Handelsstadt und Machtzentrum, aber nur sehr wenige verbliebene bauliche Zeugen aus dieser Zeit. Und darum ist jeder Verlust eines historisch wertvollen Gebäudes gerade für Dortmund besonders bedeutsam. Der Abriss des „Museum am Ostwall“ wäre eine vertane Chance für die Stadt und für die Entwicklung der östlichen Innenstadt. Wenn es nicht noch gelingt, einen anderen Weg zu finden.

### Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder:

**Am 25. Mai haben Sie die Wahl, wer die Verwaltung als OberbürgermeisterIn bis 2020 führen soll.**

**Ich bitte Sie um Ihre Stimme. Für mehr Lebensqualität und für mehr GRÜN in der Stadt.**

Daniela Schneckeburger





Fünf Jahre, eine lange Zeit. Da lohnt sich das Bilanzziehen, da muss frau/man mal zusammenfassen, was die politische Arbeit so gebracht hat. Aber: Was bleibt?

Wir kamen aus einer Koalition mit der SPD. In der Wahlperiode von 2004 bis 2009 konnten wir im Rat viel gestalten und wichtige GRÜNE Akzente setzen. Die Zusammenarbeit lief gut und effektiv. Es lief so gut für uns GRÜNE, dass andere vom GRÜNEN Schwanz redeten, der mit dem roten Hund wedelt.

Nach der Wahl wollten wir gern wieder Koalitionsverhandlungen aufnehmen, auch wenn die Möglichkeiten zum Gestalten eng wurden. Die Haushaltslage war sehr angespannt – wie in vielen anderen Kommunen des Ruhrgebiets auch. Und dann kam die Sache mit dem verschwiegenen Haushaltsloch:

Am Tag nach der Wahl verhängte der scheidende Oberbürgermeister eine Haushaltssperre. In den folgenden Tagen zeigte sich, dass er schon länger von einem 130-Millionen-Euro-Loch im städtischen Haushalt wusste. Allen Parteien im Rat war klar: Die Wahl hätte deutlich anders ausgehen können, wenn der desolate Haushalt vor der Wahl bekannt gewesen wäre. Der Wahlprüfungsausschuss und dann die Mehrheit des Rats erkannten die Wahl nicht an. Damit war eine Wiederholung der Wahl nötig. Einzelne SPD-Ratsmitglieder klagten dagegen. (Die ganze Geschichte mit allen Klagen, mehreren Wahlwiederholungen und einer bundesweit einmaligen Zeit ganz ohne Rat haben wir auf den nächsten Seiten zusammengefasst.)

In dieser schwierigen Situation versuchte jede Fraktion für sich, ihre politischen Projekte und Ziele im Rat durchzusetzen.

In 85 Prozent der strittigen Fälle stimmten SPD und CDU gemeinsam. Manches Mal konnten auch wir die SPD überzeugen. Vier Haushalte wurden gegen uns verabschiedet, der Haushalt 2013 mit uns. Gestalten ließ sich da wenig.

Angesichts dieser De-facto-Koalition von SPD und CDU mussten wir nun Druck über die Oppositionsrolle machen. Eine Übung, in der wir GRÜNE jahrelange Erfahrung hatten: Den Finger in die Wunde legen, Skandale aufdecken, wie die zweckentfremdete Fraktionskasse der SPD, Klüngleien oder Geldverschwendung wie beim Flughafen. Die vorliegende Bilanz ist voll davon. Einer, der besonders piesacken konnte, war Fraktionssprecher und OB-Kandidat Mario Krüger. Als er in den Landtag wechselte, hörten die Lokalzeitungen ein deutliches Aufatmen bei den anderen Parteien.

### GUTE ODER SCHLECHTE JAHRE?

Auf jeden Fall haben wir alle eins gelernt: Unsere demokratische Kultur in Dortmund ist so gut, dass auch ein System mit fallbezogenen Mehrheiten funktioniert. Das wäre einfacher, wenn wir GRÜNE stärker wären und es weniger als vier Fraktionen braucht, um gegen die eine zu stimmen. Und das definiert dann auch unser Ziel für den nächsten Rat: Mehr GRÜN für Dortmund.



## GUTE ZUFLUCHT DORTMUND



Die letzten fünf Jahre waren geprägt von großen Veränderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Wir GRÜNE haben diese Entwicklungen mit verschiedenen Anträgen begleitet, um allen nach Dortmund kommenden Flüchtlingen eine menschenwürdige Zuflucht zu bieten.

Als 2011 die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Flüchtlinge aus den maroden Kasernen am Westfalendamm in die ehemalige Gehörlosenschule in Hacheneu zog, haben wir die Standortwahl unterstützt und gefordert, die Hacheneuer Bürger\*innen früh und umfassend zu informieren. Und wir sorgten mit einem Antrag für eine Obergrenze von 300 Flüchtlingen – denn überfüllte Lager können Flüchtlinge nicht menschenwürdig empfangen.

Hacheneu ist die erste Anlaufstelle für Flüchtlinge, die nach Nordrhein-Westfalen kommen. Sie bleiben nur wenige Tage dort, werden erfasst und ärztlich untersucht, stellen ihren Asylantrag. Zur Röntgenuntersuchung und für die Anhörung beim Bundesamt für Migration (BAMF) müssen sie das Gelände verlassen. Das schafft viele zusätzliche Fahrten und belastet Flüchtlinge und Anwohner\*innen. Auf unsere Initiative wird deshalb in Kürze eine Röntgenpraxis auf dem Gelände eingerichtet. Zunächst sperrte sich eine politische Mehrheit dagegen. Doch die Verwaltung rechnete nach: Siehe da, es ist auch günstiger. Nur das BAMF bleibt bislang an der Huckarder Straße und verursacht weitere Fahrten. Auch das wollen wir noch ändern.

Als im Spätsommer 2012 innerhalb kurzer Zeit die Flüchtlingszahlen erheblich stiegen und die Stadt kurzfristig Schulgebäude und

Turnhallen in Derne und im Brüggmannblock als zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten nutzte, wurde deutlich: Die beiden EAE in Dortmund und Bielefeld reichen landesweit nicht aus. Deshalb forderte der Rat auf unseren Antrag hin die Landesregierung auf, weitere Erstaufnahmeeinrichtungen im Land zu schaffen.

Im Grevendicksfeld in Lütgendortmund befinden sich die zentralen Wohnheime für die Flüchtlinge, die dauerhaft in Dortmund leben. Unsere Herangehensweise: Wir integrieren Flüchtlinge besser in unsere Gesellschaft und unser Leben, wenn sie schnellstmöglich dezentral im Stadtgebiet verteilt leben, in gewöhnlichen Wohnungen und zwischen gewöhnlichen Nachbar\*innen. Dies haben wir mit Erfolg gefordert: Nach durchschnittlich 6–9 Monaten finden Flüchtlinge in Dortmund heute dauerhaft eine dauerhafte Wohnung.

Über die EAE kam in den letzten Jahren auch eine Flüchtlingsgruppe nach Dortmund, die uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt: Kinder und Jugendliche ohne einen für sie verantwortlichen Erwachsenen – im Amtsdeutsch „unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge“. Wir haben gemeinsam mit der GRÜNEN Kinder- und Jugenddezernentin Waltraud Bonekamp dafür gesorgt, dass sie angemessen in Jugendhilfeeinrichtungen und Wohngruppen betreut werden. Die neu eingerichteten, sogenannten Clearing-Häuser dienen dazu, in Ruhe die aufenthaltsrechtliche Situation und die Identität der jungen Menschen zu klären, einen eventuellen Hilfebedarf festzustellen und entsprechende Hilfsmaßnahmen zu planen.



## KLEINE UND GROSSE HEUSCHRECKEN



Sie tun nichts – und gerade das macht sie so gefährlich. 45.000 Wohnungen in Dortmund gehören Private Equity Fonds. Einige von ihnen kassieren nur die Mieten und unterlassen jede Reparatur, Sanierung oder Modernisierung. Der Bestand verfällt, die Gebiete vermüllen, als Mieter\*innen finden sich zunehmend nur noch die Schwächsten der Gesellschaft – eine schwierige Mischung für die Stadtteile. Doch das Eigentumsrecht schützt das Gewinnstreben dieser Heuschrecken. Eine Enquête-Kommission des Landes unter der Leitung der

GRÜNEN Landtagsabgeordneten Daniela Schneckenburger hat hier gute, erste Werkzeuge dagegen entwickelt. Oft müssen wir dennoch tatenlos zusehen, wie Teile der Stadt verfallen. Vor allem, weil die Stadt selbst zu wenig Geld hat.

Manchmal helfen Vorkaufsrechte, die sich die Stadt eintragen lässt: Bei der Siedlung Speckestraße konnte die Stadt einem Käufer (wenn auch butterweiche) Auflagen erteilen. Im Ergebnis werden die Heuschrecken vorsichtiger in ihrem Gebaren. Doch wenn sie statt einer Siedlung die

Eigentümer\*innengesellschaft verkaufen, ist die Stadt wieder machtlos.

Kleineren Heuschrecken dagegen gehören einzelne Problemhäuser, vor allem in der Nordstadt. Sie vermieten in heruntergekommenen Häusern einzelne Matratzen, vornehmlich an Zugezogene aus Osteuropa. Über 60 dieser Problemhäuser zählte die Verwaltung in Spitzenzeiten.

Manchmal ist aber auch die Überforderung der meist älteren Vermieter\*innen eine Ursache für die Vernachlässigung von Immobilien. Hier helfen nur der Ankauf und die nachhaltige Vermietung dieser Häuser. Die DOGEWO hat den Anfang gemacht, nun sollte die städtische Entwicklungsgesellschaft mit Mitteln des Sondervermögens dieses Engagement ergänzen, zumindest als Entwicklungsträgerin.

Für eine verträgliche Stadtentwicklung wird qualitativ guter und preiswerter Wohnungsbau gebraucht. Mit öffentlicher Wohnbauförderung, die wir GRÜNEN immer wieder einfordern, lässt sich das in jedem Stadtteil sichern. Die finanziellen Förderbedingungen des Landes sind gut wie nie, um auch an attraktiven Standorten preiswerte Wohnungen zu errichten.

## DIE LETZTEN FREIRÄUME BEWAHREN



In Dortmund sind freie Flächen, Naherholungsräume, Grünzüge und Rückzugsgebiete der Natur rar. Stattdessen verfügen wir über eine Vielzahl von Industriebrachen. Und nebenan in Bochum warten die Opel-Flächen auf eine neue Nutzung. Wir sollten also sparsam umgehen mit dem wenigen, was wir haben: „Flächenrecycling“ heißt deshalb das Zauberwort.

In der vergangenen Ratsperiode hatte rot-GRÜN die Planungen für das interkommunale Gewerbegebiet Groppenbruch glücklich auf Eis gelegt. 2010 aber beschlossen SPD und CDU einen „Masterplan Wirtschaftsflächen“ – und damit auch die Zerstörung dieses

wertvollen Ökosystems. Doch ein Gutachten ergab, dass die Erschließung und Ausgleichsflächen so teuer würden, dass die Stadt am Ende draufzahlen müsste. Gegen diesen wirtschaftlichen und ökologischen Unsinn haben wir uns immer wieder stark gemacht.

Dennoch wenn es nach dem „Masterplan Wirtschaftsflächen“ und dem Willen von SPD und CDU geht, werden andere Flächen versiegelt, die bislang landwirtschaftlich genutzt werden und wichtig für Klima und Naturschutz sind. Wir GRÜNE wollen sowohl den Budenacker als auch die freien Flächen in

Asseln und Wickede erhalten. Dortmund hat genug Gewerbeflächen – sei es auf der ehemaligen Zeche Gneisenau, der früheren Kokerei Hansa oder der Westfalenhütte. Und bald auch das Kraftwerk Knepper.

Auf 300 Hektar plant der OB in Datteln mit einigen Nachbarstädten ein neues Industriegebiet. Im „newPark“ wollen sie Großindustrie ansiedeln, für die die einzelnen Städte keinen Platz haben. Bisher ist weder die Umweltverträglichkeit nachgewiesen, noch sind Investor\*innen in Sicht. Mit der Insolvenz vor Augen will die Entwicklungsgesellschaft nun doch kleinere Teilflächen vermarkten. Damit tritt sie in die nicht gewollte, unmittelbare Konkurrenz zu bestehenden kommunalen Gewerbegebieten. Das Land hat sich von Bürgschaften für das Projekt schon verabschiedet. Die Begründung: Die Gefahr, dass „newPark“ Pleite geht, ist zu groß. Nun wollen die Städte das wirtschaftlich höchstrisikante Projekt in Eigenregie vorantreiben. Wir haben klar gemacht, dass die Stadt sich nicht weiter engagieren darf.

## AN 365 TAGEN GEGEN RECHTS



Darüber freuen wir uns: Die ganze Stadt kämpft inzwischen an 365 Tagen im Jahr offensiv gegen den Rechtsextremismus. Auch nach dem Verbot des Nationalen Widerstands Dortmund gibt es noch Faschos und Neonazis in unserer Stadt. Aber sie verlieren an Einfluss. Das darf allerdings kein Grund zur Beruhigung, sondern muss Ansporn für die Fortsetzung des Widerstands sein.

Als GRÜNE sind wir Teil von breiten Bündnissen gegen den Rechtsextremismus in unserer Stadt. Maßgeblich auf unsere Initiative beschloss der Rat die Erarbei-

tung eines Aktionsplans gegen Rechts, für Vielfalt, Toleranz und Demokratie, der inzwischen an vielen Stellen erfolgreich greift. Wir haben mit dafür gesorgt, dass die „Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ mit Personal und mit städtischen 200.000 Euro jährlich ausgestattet ist. Weitere finanzielle Mittel kommen vom Bund. Damit konnten bis jetzt sowohl die Dortmunder Bündnisse gegen Rechts als auch viele Projekte an Schulen, in Kirchengemeinden, der Gewerkschaften und anderer Organisationen unterstützt werden. Und auch die Beratung von Opfern

rechtsextremer Gewalt sowie die Unterstützung ausstiegswilliger Nazis werden inzwischen finanziert. So wird der Einsatz gegen Rechtsextremismus nachhaltig.

Im April 2006 ermordeten die NSU-Terrorist\*innen den Dortmunder Mehmet Kubaşık in seinem Kiosk an der Malinckrodtstraße. Wir sind immer noch fassungslos, wie die Sicherheitsbehörden jahrelang in falsche Richtungen ermittelten. Im Polizeibeirat haben wir deshalb die Ermittlungsfehler und das Problem des institutionellen Rassismus in der Polizei thematisiert.

## RADFAHREN AUSGEBREMST

Quer durch das Ruhrgebiet arbeiten die Städte im Regionalverband Ruhr (RVR) am Radschnellweg Ruhr. Von Duisburg bis Hamm soll er ohne Steigungen, enge Kurven und Ampeln die Städte verbinden. Das wird mehr Pendler\*innen das Radfahren ermöglichen. Doch in Dortmund plant man höchst widerwillig: Eine große Koalition der Autofahrer\*innen stimmte reflexartig gegen das Projekt, aus Angst vor hohen Kosten und weniger Parkplätzen im Kreuzviertel. Bevor der Radschnellweg Ruhr einen Umweg um Dortmund macht, ruderte der OB dann zurück. Noch vor Fertigstellung der Machbarkeitsstudie des RVR mit tragfähigen Varianten sollte die Verwaltung schon die Kosten beziffern. So mobilisiert man frühzeitig den Unmut der Autofahrer- und -parker\*innen. Planerisch solide Arbeit geht anders.

Gern gibt der jetzige OB den Vorzeigeradler. Doch seine konkrete Politik sieht anders aus. Wir GRÜNE schreiben Antrag um Antrag an Politik und Verwaltung und ernten Absage um Absage von SPD und CDU:

- Verbesserung der Anbindung von Innenstadt und Kreuzviertel an die

Uni durch Beleuchtung und Winterdienst – abgelehnt

- Diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für Räder, vor allem Pedelects, in der City – abgelehnt
- Ost-West-Verbindung entlang der früheren Silberstraße durch die Thier-Galerie – erst dem Investor zur Auflage gemacht, dann auf dessen Wunsch abgelehnt
- Baustellenabsicherung auf Rad- und Fußwegen gemäß Landesvorgaben – abgelehnt
- Abbau der Schilder an Radwegen, die nicht mehr der Straßenverkehrsordnung entsprechen – abgelehnt
- Geschwindigkeitsbeschränkungen an Baustellen, an denen der Radver-

kehr vom Radweg auf die Fahrbahn geführt wird (zum Beispiel Am Beilstück in Hombruch) – keine Antwort vom Planungsdezernenten

- Winterdienst auf Radwegen – abgelehnt
- Gleichberechtigte Ampelschaltung für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen in den Abendstunden – abgelehnt
- Radverkehr in der Fußgänger\*innenzone Hörde (zumindest die Nord-Süd-Verbindung über die Hörder Brücke) – von der Bezirksvertretung Hörde abgelehnt
- Ausbau der radialen Verbindungen aus den Stadtbezirken in die City – abgelehnt



## INGRID REUTER (1)

56 Jahre, freiberufliche Redakteurin

Dortmund muss ökologischer, solidarischer und inklusiver werden – dafür setze ich mich im Rat weiterhin ein. Inklusion ist eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik. Zugleich bleiben Klimaschutz und Energiewende wichtige GRÜNE Themen. Trotz der schwierigen Haushaltssituation will ich für soziale Gerechtigkeit, eine qualitätsvolle Kinderbetreuung und ein lebenswertes, ökologisches Wohnumfeld sorgen.

## ULRICH LANGHORST (2)

46 Jahre, Diplom-Geograph

„Eine Gesellschaft für alle“ ist das Motto, das meine politischen Ziele für den Dortmunder Rat am besten abbildet. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen steht für uns GRÜNE im Mittelpunkt. Viele Menschen in Dortmund sind vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen – aufgrund ihres Alters, ihrer Herkunft, ihrer Armut oder ihrer Behinderung. Das gilt es, Schritt für Schritt zu verändern.

## MARTINA STACKELBECK (3)

54 Jahre, Diplom-Volkswirtin

Arbeit soll nicht nur persönlich befriedigend und sinnvoll sein, sondern z. B. auch die Existenz sichern, nicht krank machen, soziale Stabilität bieten und geschlechtergerecht sein. Ich werde darauf hinwirken, dass dies in der kommunalen Arbeitsmarktstrategie und in der Ansiedlungspolitik der Wirtschaftsförderung beachtet wird, aber auch in der Stadtverwaltung selbst und in den stadteigenen Unternehmen.

## WOLFRAM FREBEL (4)

56 Jahre, Kriminalbeamter

Nur ein Beispiel von vielen, wie wir die Stadt bürgerfreundlicher und gerechter gestalten: Als Vorsitzender des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden habe ich die anderen Ausschussmitglieder dafür gewonnen, dass jede/jeder Petent\*in nicht nur einmal sprechen und seine/ihre Petition vortragen darf, sondern auch nachfragen, weitere Anregungen geben und ein Schusswort sprechen kann. Eine Kleinigkeit mit großer Wirkung.

## UTA SCHÜTTE-HAERMAYER (5)

48 Jahre, Erziehungswissenschaftlerin

Ich engagiere mich für meine Stadt, weil ich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern will und Kinder, Jugendliche und Familien sich mit ihrer Stadt gut identifizieren sollen.

## HANS-GEORG SCHWINN (6)

51 Jahre, Diplom-Informatiker

Finanzen und Wirtschaft sind für mich wichtige GRÜNE Themen. Dazu gehören ein transparenter Haushalt und keine unnötigen Leuchtturmprojekte, der Ausbau von Schulen und Kindergärten, bessere Unterstützung kleiner und kleinster Unternehmen durch die Stadt, Förderung des Übergangs Schule/Beruf gerade für benachteiligte Schulabgänger\*innen, der Ausbau des sozialen Arbeitsmarkts sowie faire Arbeitsmöglichkeiten für Zuwander\*innen.

## ŞAZIYE ALTUNDAL-KÖSE (7)

45 Jahre, Diplom-Sozialwissenschaftlerin

Es ist wichtiger denn je geworden, politische Entwicklungen im Blick zu haben, weil soziokulturell unsere Stadtgesellschaft immer weiter auseinander rückt. Arm und Reich, Alt und Jung, Familien mit und ohne Kinder, Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte leben zunehmend sozialräumlich getrennt. Daher möchte ich mich in der politischen Arbeit insbesondere für die Belange von sozial benachteiligten Menschen einsetzen.

## URSULA HAWIGHORST-RÜSSLER (9)

55 Jahre, Sozialpädagogin

Dortmund soll eine solidarische und lebenswerte Stadt werden. Meine beruflichen Erfahrungen im Bereich Kinder, Jugend und Familie möchte ich gerne dafür einbringen. Ausreichend und gute Kindergartenplätze, Beteiligung der Jugendlichen und das Zusammenspiel der Generationen sind mir wichtig. Inklusion darf keine Worthülse bleiben. Für alle Gruppen der Gesellschaft. Gute Arbeitsmarktpolitik wird dazu führen, weniger Menschen auszugrenzen.

## MATTHIAS DUDDE (10)

47 Jahre, Historiker

Klima- und Umweltschutz sind wichtigste Zukunftsaufgaben. Großstädte wie Dortmund sind zentrale Akteur\*innen, wenn es darum geht, Energie einzusparen, Energie effizienter einzusetzen, Freiflächen zu erhalten und eine andere Mobilität umzusetzen. Ich setze mich für die tragfähige GRÜNE Politik ein, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die Klimaschutzziele zu erreichen.



(1)



(2)



(3)



(4)



(11)



(12)



(13)



(14)

## DIRK LOGERMANN (8)

50 Jahre, Architekt

Was mich politisch interessiert? Die Menschen wollen von ihrer Arbeit leben können, die Schere zwischen Arm und Reich muss sich wieder verkleinern, die Stigmatisierung der Nordstadt muss ein Ende finden, wir brauchen mehr und gute Arbeitsplätze, die Gesellschaft sollte solidarischer sein, wir sollten schuldenfrei und nachhaltig wirtschaften. Das alles will ich ohne leere Worthülsen vertreten – Klartext eben!

## SVENJA NOLTEMEYER (11)

33 Jahre, freiberufliche Raumplanungsingenieurin

Für mich bedeutet basisdemokratisch und GRÜN zu sein, regional zu kooperieren und mit dem Denken nicht an der Stadtgrenze aufzuhören sowie möglichst viele Bürger\*innen in ihrem Quartier kreativ in die Stadtentwicklung einzubeziehen. Eine lebenswerte Umwelt gestalten die Menschen vor Ort. Deswegen brauchen sie Informationen und Möglichkeiten, um ihre Ideen umzusetzen. Dabei möchte ich sie unterstützen!



**KATHRIN KLAUSMEIER (12)**

27, Jahre, Historikerin

Im Rat der Stadt Dortmund möchte ich mich für eine bessere Verkehrspolitik stark machen. Dafür brauchen wir innovative Verkehrskonzepte, die umweltfreundliche Mobilitätsmöglichkeiten privilegieren. In der Innenstadt-West habe ich mich für die Installation von Carsharing-Stellplätzen eingesetzt, einem Konzept, das nicht nur von Haltestelle zu Haltestelle denkt. Daran möchte ich anknüpfen.

**BARBARA BRUNING (13)**53 Jahre, Geschäftsführerin  
(der GRÜNEN Fraktion im EN-Kreis)

Bürgernahe Entscheidungen sind der Grundsatz meiner politischen Arbeit, denn politische Beschlüsse haben Auswirkungen auf das Leben in der Stadt und in den Stadtbezirken. Für meine Ratsarbeit wird es entscheidend sein, bezirkliche Belange in die Entscheidung der GRÜNEN Fraktion miteinzubeziehen.

**MONIKA LANDGRAF (15)**

60 Jahre, Krankenschwester

Mir liegt die Bildungspolitik am Herzen. Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche – noch ein langer Weg. Wichtig sind mir die Kommunikation und Vernetzung mit allen an Bildung Beteiligten. Ich war zehn Jahre als Vorsitzende der Stadeltern aktiv, u. a. im Schulausschuss. Schwerpunkte möchte ich setzen bei Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit, Inklusion sowie Bau- und Sanierungsmaßnahmen.

**FRIEDRICH FUSS (16)**

61 Jahre, Regisseur

Mir ist die Nähe zu den Bürger\*innen der Stadt Dortmund wichtig. Ich werde mich im Ausschuss für Bürgerdienste einsetzen, denn dort werden die Probleme der Menschen auch mitten in der Wahlperiode behandelt. Darüber hinaus arbeite ich für das kulturelle Dortmund. Die Pflege der Hochkultur und selbstgemachte Breitenkultur stehen nicht in Konkurrenz, sondern bedingen einander. Das will ich im Kulturausschuss fördern.

**OLIVER STIEGLITZ (18)**

44 Jahre, Angestellter

Ich möchte dazu beitragen, dass Dortmund zwischen seinen „Leuchttürmen“ Freiräume für Ideen und Veränderungen bekommt und die Stadt mehr Lebensqualität für ganz unterschiedliche Menschen bietet. Meine politischen Schwerpunkte sind Kultur, Städtebau und Verkehr. Auch der demografische Wandel liegt mir am Herzen. Ich vermisse in Dortmund Angebote, die Menschen über Generationen und Kulturen hinweg verbinden.

**TABEA RÖSSIG (19)**

29 Jahre, Dipl.-Ing. Raumplanung

Integrierte Stadtentwicklung ist mein Thema. Beruflich, aber auch privat, setze ich mich ein für: nachhaltige Mobilität (Carsharing, barrierefrei, fahradgerecht), höhere Aufenthaltsqualitäten in Parks und auf Plätzen, regionalorientierte Nahversorgung, Sozial- und Bildungs- sowie Spiel- und Sportangebote für alle Generationen und Kulturen. Ein fair geregelter und transparenter Haushalt ist dafür die Basis.



(5)



(6)



(7)



(8)



(9)



(10)



(15)



(16)



(17)



(18)



(19)



(20)

**CLAUDIA PLIETH (14)**

50 Jahre, Gesamtschullehrerin

Wir GRÜNE sollten uns auf unsere ur-GRÜNEN Themen besinnen: Umwelt und Naturschutz, das heißt mehr GRÜN statt Grau! Klimaschutz und Energiewende sind für mich ebenso wichtige Themen wie der unermüdliche Einsatz für den kostenlosen Zugang bzw. die Teilhabe an Bildung für junge Menschen jeder Herkunft. Inklusion ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Daran möchte ich mitwirken, gerne auch weiterhin im Schulausschuss.

**ANDREA BERLIN (17)**

31 Jahre, Kustodin

Besonderes interessiert mich die Asyl- und Flüchtlingspolitik, für die ich im Dortmunder Arbeitskreis Flüchtlinge aktiv bin. Ich arbeite für ein offenes und den Menschen zugewandtes Dortmund, das sich vor den Nöten der Flüchtlinge nicht verschließt. Zugleich ist mir auch ein freundlicher, fairer und pragmatischer Umgang in der alltäglichen Arbeit mit Flüchtlingen wichtig. Dafür möchte ich mich im Stadtrat einsetzen.

**UWE TIETZ (20)**52 Jahre, Stadtplaner  
und Wirtschaftsingenieur

Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, eine älter werdende Gesellschaft und ihre zunehmende soziale Spaltung erfordern auch auf lokaler Ebene innovative Antworten und Konzepte. Der Zustand vieler Schulgebäude und öffentlicher Straßen ist desolat. Zukünftig müssen wir unsere knappen Finanzmittel viel stärker in Bildung und Infrastruktur stecken statt in teure Prestigeprojekte.

## LÄRMENDE BRUCHLANDUNG ERWARTET



Der Flughafen verlärmst Aplerbeck, Brackel und Hörde. Und er kostet die Stadtwerke Jahr für Jahr rund 20 Millionen Euro Subventionen – mal ein bisschen weniger, mal ein bisschen mehr. Seit Langem kämpfen wir gegen die SPD-CDU-Unvernunft in Sachen Flughafen. Seit Langem kämpfen wir gegen die Ausweitung der Betriebszeiten in die Nacht hinein und gegen eine Verlängerung der Start- und Landebahn.

Wir GRÜNE begrüßen es, dass der Entwurf des Landesentwicklungsplans den Flughafen nur als „regional bedeutsam“ einstuft, weil landesweit nur fünf Prozent der Passagiere ab Dortmund fliegen. Wenn dies so beschlossen wird, heißt das: Der Flughafen darf nur bedarfsgerecht und in Abstimmung mit den landesweit bedeutsamen Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Münster gesichert werden. SPD und CDU dagegen

wollen den weiteren Ausbau des Dortmunder Flughafens – auf Kosten der lärmgeplagten Anwohner\*innen.

Im Frühjahr 2014 verabschiedete die EU neue Leitlinien, nach denen der Flughafen ab 2024 endgültig subventionsfrei wirtschaften muss. Es sieht nicht so aus, als könnte er das erreichen. Die Stadtwerke (DSW21) als Flughafen-Mutter übernahm 451 Millionen Euro für den Ausbau seit 1995 und seit 2000 auch die Verluste des Flughafens. Grund für zwei Beihilfeverfahren gegen den Flughafen, die wir unterstützen. Falls er illegale Subventionen zurückzahlen müsste, wäre der Flughafen insolvent. Andererseits fehlen die Millionen, die DSW21 jedes Jahr an Verlustausgleich übernimmt, für den Ausbau des ÖPNV und zwingen die DSW21 zu einem 30-Millionen-Euro-Sparkurs in ihren anderen Geschäftsfeldern.

Die Lösung des Dauerminus sieht die Flughafengesellschaft in verlängerten Flugzeiten. Bis 23.30 Uhr sollen Flugzeuge in Dortmund landen und ab 6 Uhr sollen Flieger wieder starten dürfen. Wir GRÜNE sind dagegen, die Nachtruhe derart zu verkürzen. Die Entscheidung der Bezirksregierung Münster dazu steht noch aus. Nicht zuletzt auch aufgrund der Proteste der in der Schutzgemeinschaft Fluglärm organisierten Anwohner\*innen, die wir unterstützen, schreckt der Flughafen vor einer Verlängerung der Start- und Landebahn bislang zurück.

Längst ist überfällig, sich mit dem schrittweisen Rückbau und langfristig einer sinnvollen Umnutzung des Geländes zu beschäftigen.

## KEINEN METER MEHR LANDEBAHN AM FLUGHAFEN ...

### ... und Flüge keine Minute länger

Menschen und Umwelt leiden schon jetzt mehr als genug unter dem Flugverkehr in Wicked. Wir GRÜNE in Aplerbeck weisen mit allem Nachdruck darauf hin: Für nur 2,4 Millionen Passagiere wird ein Verlust von mehr als 20 Millionen Euro im Jahr in Kauf genommen! Da die DEW21 eng mit der Flughafengesellschaft verflochten ist, bezahlen die Dortmunder\*innen das unter anderem mit ihren Strom-, Wasser- und Gas-Rechnungen. In der Summe schon über 450 Millionen Euro.

Je mehr Passagiere, desto höher fallen die Verluste aus und desto mehr Geld muss jede/jeder Dortmunder\*in dazu geben.

Wir GRÜNE werden weiterhin mit der Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm (SGF) Umwelt und Menschen vor den immer schlimmeren Auswirkungen des Flugbetriebs schützen. Die Lärmbelästigung der Flieger bei Start und Landung ist für die Anwohner\*innen unerträglich und macht krank.

**Langfristiges Ziel bleibt der Rückbau des Dortmunder Flughafens!**

### Kinder und Jugendliche fördern

Wir unterstützen Kindergärten bei der Schaffung von Plätzen, insbesondere für Kinder unter drei Jahren. Notwendig sind Räume, in denen sich gesund leben lässt und die zum Lernen und Spielen motivieren. Die Gestaltung und Erhaltung der Schulen im Stadtbezirk betrachten wir als wichtige Aufgabe der Bezirksvertretung. Vorrang hat der Ersatz der maroden Schulpavillons an der Gelben Schule. Wir werden uns für die energetische Sanierung und die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse von Toiletten und Umkleideräumen einsetzen. Wir wollen für Kinder freie

Spielflächen entwickeln und erhalten und damit zum Spielen „an der Luft“ animieren. So wie es uns beim Sport- und Freizeitpark in Aplerbeck oder der Beachvolleyballanlage in Berghofen gelang.

### Senioren\*innen achten und von ihnen lernen

Unsere älteren Mitbürger\*innen verdienen für ihre Leistungen Achtung und Anerkennung. Deshalb treten wir ein für:

- generationenübergreifende Wohnprojekte
- altengerechte Infrastruktur (abgesenkte Gehwege, gute Verkehrsanbindungen)
- leicht zu erreichende, interessante kulturelle Veranstaltungen
- Erfahrungsaustausch in einem Generationencafé im Zentrum von Aplerbeck.

### Gesundes Leben in gesunder Natur

Wir treten ein für eine zukunftsfähige Flächenpolitik: Wir wollen mit Freiflächen sparsam umgehen, und wir wollen wertvolle Freiräume sowie die vielfältige Tier- und Pflanzenwelt schützen. Schließlich wollen wir den wohnortnahen Einzelhandel erhalten.

Der Bezirk Aplerbeck ist einer der dichtest besiedelten Außenbezirke unserer Stadt. Überall im Stadtbezirk sind neue Siedlungen entstanden. Es gibt ein vielfältiges Angebot insbesondere für den Eigenheimbau. Die stagnierende Nachfrage zeigt: Für Wohnbebauung sind im Stadtbezirk genügend Flächen ausgewiesen.

### Kultur ist Lebensqualität

Auch in den Zeiten des Internets wollen wir die Lesekultur erhalten und daher unsere Stadtteilbibliothek unterstützen. Neben Büchern sollten auch mehr Hörbücher angeschafft werden – insbesondere für Senioren\*innen. Im Mai 2012 konnte in der Mitte Aplerbecks durch unsere Initiative ein öffentlicher Bücherschrank aufgestellt werden, der sehr gut angenommen wird. Darüber hinaus wollen wir kulturelle Ereignisse wie Konzerte, z. B. in der Großen Kirche in Aplerbeck oder Lesungen, z. B.

in der Stadtteilbibliothek stärker fördern. Auch Schulbands und Jugendbands sollen weiterhin Open-Air-Konzerte geben können. Bildende Kunst im öffentlichen Raum soll weiterhin in den Vordergrund gerückt werden, z. B. durch den Aplerbecker Kunstmarkt, durch Kunstaktionen im Freien und die Förderung des Skulpturenparks am Amtshaus.

### Verkehr und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die schon seit Jahren von uns geforderte Verlegung des DB-Haltepunktes vom jetzigen Ort zur Brücke Wittbräucker Straße wird endlich realisiert. Wir haben uns erfolgreich für kurze Taktzeiten und gute Anbindungen beim ÖPNV eingesetzt. Wir fordern weiterhin eine kostenlose Fahrradmitnahme beim Schokoticket des VRR und eine diebstahlsicheren Radabstellanlage an der Endhaltestelle der U 47.

Unser Ziel sind weitere Wartehäuschen und Buskaps zum leichteren Einsteigen wie in der Aplerbecker Schulstraße und in der Abteistraße sowie barrierefreie Zugänge für alle Bahnhöfe. Das von uns geforderte Lärmsanierungsprogramm für die Aplerbecker Bahnstrecke ist realisiert worden.

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Barbara Blotenberg**, 54 Jahre, Familienmanagerin
2. **Fritz Goersmeyer**, 56 Jahre, Hausmann
3. **Jutta Fuchs**, 70 Jahre, Lehrerin i. R.
4. **Benjamin Beckmann**, 34 Jahre, Dipl.-Statistiker/Aktuar
5. **Dagmar Greskamp**, 38 Jahre, Angestellte
6. **Stephanie Fuchs**, 26 Jahre, Lehramtsstudentin
7. **Annette Sprenger**, 54 Jahre, Hausfrau
8. **Ulrich Riese**, 68 Jahre, Dipl.-Ingenieur
9. **Derick Meßling**, 65, freischaffender Künstler
10. **Walther Heuner**, 64 Jahre, Lehrer

Weitere Informationen unter:  
[aplerbeck.gruene-dortmund.de](http://aplerbeck.gruene-dortmund.de)



## GUTES LEBEN IN DEN ALTEN HELLWEGDÖRFERN

Mit 54 000 Einwohner\*innen ist Brackel einer der größten Dortmunder Stadtbezirke. Dazu gehören die alten Hellweg-Dörfer Wambel, Brackel, Asseln und Wickede und der etwas südlicher gelegene Ortsteil Neuasseln, der mit dem Bergbau gewachsen ist.

Der Stadtbezirk Brackel ist eine bevorzugte Wohngegend. Weite Teile sind durch U-Bahn, S-Bahn oder Busse gut vernetzt, die von den alten Dorfkernen ausgehende Wohnbebauung bettet sich mit abnehmender Dichte in Felder, Wiesen und Wälder ein.

Diese gute Lebensqualität wollen wir erhalten und ausbauen. Kurzfristige und profitorientierte Pläne wie Flughafenausbau und Fortführung der Brackeler Straße wollen wir verhindern.

### Landschaftsräume erhalten und Freiflächenverbrauch stoppen

Die Brackeler Freiflächen mit den großen Naturschutzgebieten Buschei und Wickeder Ostholz sowie den ausgedehnten Agrarflächen sind nicht nur Lebensräume für zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Sie tragen auch wesentlich zur Regulierung des Stadtklimas bei und sind wichtige Naherholungsgebiete. Wir GRÜNE wollen diese Freiflächen erhalten.

Wir fordern deshalb besonders, die Pläne für den Weiterbau der Brackeler Straße (auch OW IIIa oder L669n genannt) endgültig zu den Akten zu legen. Wir sprechen uns für einen Rückbau des Flughafens aus und gegen weitere Gewerbe- und Wohngebiete auf Freiflächen.

### Die alten Dorfkerne beleben und stützen

Unser Stadtbezirk entstand aus den Straßendörfern Wambel, Brackel, Asseln und Wickede. Die ursprünglichen Dorfkerne bilden auch heute noch die Stadtteilzentren, obwohl sie unter Einkaufszentren

auf der grünen Wiese, verändertem Kaufverhalten und der breiten Hellwegschnoise leiden.

Wir GRÜNE wollen die Dorfkerne stärken mit Maßnahmen, die die Aufenthalts- und Lebensqualität im Hellweg-Umfeld verbessern und den Hellweg als Standort für Handel und Gewerbe sichern. So könnte der Hellweg als Wohnquartier – besonders interessant für altengerechte Wohnungen mit wohnortnaher Versorgung – aufgewertet werden. Dazu könnten verkehrsberuhigende und lärmsenkende Maßnahmen beitragen, zusammen mit breiteren Seitenflächen für den Fuß- und Radverkehr, Wirtschafts- und Verweilflächen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch Baulücken schließen, Leerstände reduzieren und damit die Investitionsbereitschaft der Immobilieneigentümer steigern.

### Den autofreien Verkehr stärken: Rad- und Fußwegenetz und „Öffel“-Netz optimieren

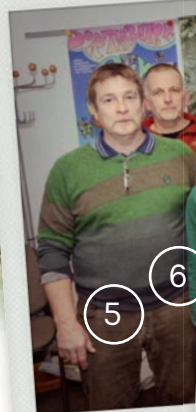
Alle wissen inzwischen: Er schont die Umwelt, hält uns fit und gesund und spart manchmal sogar Geld und Zeit – der Umstieg vom Auto auf Fahrrad, Schuhwerk, Bahn oder Bus.

In unserem Stadtbezirk setzen wir uns dafür ein, dass die autofreien Verkehrsnetze verbessert und weiter ausgebaut werden – so z.B. durch

- Lückenschluss des Rad-Fußweges entlang der Asselner und Kurler Straße,
- Fertigstellung des Rad-Fußweges von Hohenbuschei über die Brackeler Straße durch das Brackeler Feld,
- stärkere Anbindung der Neubaugebiete Stadtgärtnerei und Hohenbuschei an den öffentlichen Nahverkehr.

### Soziale Verantwortung

Brackel gehört zu den Stadtbezirken mit einem sehr hohen Anteil an älteren Menschen. In den letzten Jahren sind allerdings vor allem in Neubaugebieten viele junge Familien mit Kindern zugezogen. Die Minderjährigenquote bleibt dennoch weit unter dem Dortmunder Durchschnitt.



Im Stadtbezirk leben vergleichsweise wenige Ausländer\*innen (6,9 Prozent). Auch die Arbeitslosenquote gehört mit 10,1 Prozent zu den niedrigsten in Dortmund. Trotz dieser eher entspannten Lage im Stadtbezirk sehen wir GRÜNE es als eine vorrangige Aufgabe an, für unterstützungsbedürftige Bevölkerungsgruppen fördernde Einrichtungen und Maßnahmen in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Das betrifft zum Beispiel

- die notwendige Ergänzung von Betreuungsplätzen für U3- und Ü3-Kleinkinder,
- Ausweitung der offenen Jugendarbeit durch das Jugendamt,
- Unterstützung der Schulen bei den laufenden Projekten zur Ganztagsbetreuung und den Bemühungen auf dem Weg der Inklusion,
- Schaffung von ausreichend alten- und behindertengerechten Einrichtungen möglichst nah in den einzelnen Ortsteilzentren.

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Ulrich Begemann**, 58 Jahre, selbständig im IT-Bereich, lebt und arbeitet in Asseln, Direktkandidat für den Rat in Asseln
  2. **Claudia Plieth**, 50 Jahre, Gesamtschullehrerin, lebt und arbeitet in Brackel, Direktkandidatin in Brackel
  3. **Heide Kröger-Brenner**, 58 Jahre, Gesamtschullehrerin, lebt in Brackel
  4. **Dr. Thomas Mitra**, 42 Jahre, Physiker, lebt in Neuasseln, arbeitet in Wickede
  5. **Dietmar Plieth**, 50 Jahre, Gebäudetechniker, lebt in Brackel
  6. **Manfred Brocks**, 59 Jahre, freiberufl. Redakteur, lebt und arbeitet in Brackel
  7. **Beate Preckwinkel**, 62 Jahre, Gesamtschullehrerin i.R., lebt in Brackel
  8. **Manuela Meyer**, 53 Jahre, Sekretärin der GRÜNEN Ratsfraktion, lebt in Wambel
- W **Ulrich Langhorst**, 46 Jahre, Geograph, Direktkandidat in Wickede  
**Martina Stachelbeck**, 54 Jahre, Diplom-Volkswirtin, Direktkandidatin in Wambel

Weitere Informationen unter:  
[brackel.gruene-dortmund.de](http://brackel.gruene-dortmund.de)



STADTBEZIRK **EVING**



## ... ES GIBT IHN NOCH!

### Stadtbezirksreform abgeblasen

Wenn wir in Eving auf die vergangenen fünf Jahre zurückblicken, dann sticht ein Thema besonders deutlich hervor: Die Stadtbezirksreform. Aus zwölf Stadtbezirken sollten zehn werden. Eving wäre dem Stadtbezirk Scharnhorst zugeordnet worden. Der Widerstand gegen dieses Konzept hat uns fast ein Jahr lang beschäftigt. Dass es unseren Stadtbezirk heute noch gibt und daher in diesem Jahr wieder eine Wahl zur Bezirksvertretung Eving stattfindet, ist nicht das Verdienst der GRÜNEN. Aber wir freuen uns, dass es so ist.

### Problemhäuser

Sicherlich werden wir auch in den kommenden Jahren über die Zuwanderung aus Südosteuropa diskutieren. In Eving nehmen wir sie hauptsächlich als Nachbarschafts- und Sicherheitsproblem wahr, hervorgerufen durch sogenannte „Problemhäuser“. Inzwischen hat sich die Situation zumindest entspannt. Doch es wird auch in den nächsten fünf Jahren eines unserer wichtigsten Anliegen bleiben: Wir werden die Zuwanderung sachlich diskutieren, Lösungen finden und vehement gegen alle rechtspopulistischen und extremistischen Positionen vorgehen.

### Nordspange

Ein Dauerbrenner war auch der Verkehr. LKWs in Wohngebieten, Raserei und Lärm standen immer wieder auf der Tagesordnung der Bezirksvertretung. In den kommenden Jahren wird uns die Nordspange beschäftigen, die bereits seit längerer Zeit in der Planung ist als fester Bestandteil des Konzepts für die KV-Anlage in Huckarde (KV=Kombinierter Verkehr Straße/Schiene). Ohne die Nordspange wird das neue Terminal auch Eving durch zusätzlichen LKW-Verkehr belasten.

### Jugendarbeit nicht nur in der JFS

Im vergangenen Jahr haben wir versucht, die Jugendarbeit in Eving im Rahmen des Aktionsplanes „Soziale

Stadt“ mit Mitteln der Bezirksvertretung zu fördern und sind dabei letztlich am Widerstand der SPD gescheitert. Es gibt in Eving eine sehr engagierte Jugendfreizeitstätte (JFS), aber außerhalb der JFS findet nennenswerte Jugendarbeit nur über den Aktionsplan statt. Daher werden wir weiterhin versuchen, diese Arbeit so gut es geht zu unterstützen.

### Leerstände

Ein besonderes Augenmerk wollen wir in den kommenden Jahren auf die Leerstandsproblematik legen. An der Evinger Straße, an der Bayrischen Straße und besonders in der Bergstraße müssen wir feststellen, dass immer mehr Ladenlokale leer bleiben, die Leerstandszeiten länger werden und ganze Stadtviertel heruntergezogen werden. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftsförderung mehr Mittel und Personal bekommt, um mit den Eigentümern ins Gespräch zu kommen über Fördermöglichkeiten, Umbauten, Umwandlung in Wohnraum, Zwischennutzungen usw.

### Wir treten an

Für diese Aufgaben haben wir ein engagiertes und kompetentes Team zur Wahl in die Bezirksvertretung aufgestellt:

Auf **Platz 1** der Liste kandidiert **Christian Krause** aus Kemminghausen, 46 Jahre, Systemberater und seit 2009 in der Bezirksvertretung Eving engagierter Vertreter der GRÜNEN Fraktion. Als Schwerpunkt für die kommenden fünf Jahre sieht er die Stärkung der Aktionsräume, um den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft und im Stadtbezirk zu fördern. Auch die Energiewende wird durch den geplanten Neubau von Windkraftanlagen ein wichtiges Thema sein.

Auf **Platz 2** folgt **Mia Krause**, 18 Jahre, Studentin der Informatik an der TU Dort-

mund. Sie will sich verstärkt für die Interessen junger Menschen in Eving einsetzen.

An **3. Stelle** steht der Holthausener **Klaus Sichelschmidt**, 60 Jahre, Lehrer, und seit vielen Jahren bei den Evinger GRÜNEN im Stadtbezirk und im Kreisverband aktiv. Sein Engagement zielt u. a. auf eine weitere Verbesserung der schulischen Infrastruktur in Eving.

**Sabrina Krause** (nicht verwandt mit Christian und Mia Krause), 25 Jahre jung, kandidiert auf **Listenplatz 4**. Sie ist Lehramtsstudentin mit den Fächern Deutsch und Sozialwissenschaft und möchte sich politisch vor allem für den Erhalt und Ausbau von Kultur-, Freizeit- und Bildungsangeboten in Eving einsetzen.

Auf **Platz 5** stellt sich **Alexander Siefert**, Neueinsteiger bei den Evinger GRÜNEN, zur Wahl. Er ist gelernter Sozialhelfer und seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik/soziale Themen sowie sein Engagement gegen rechts. Zurzeit engagiert sich Alexander in der GRÜNEN Jugend.

Mit **Vanessa Mauthe**, 36 Jahre und Mutter einer kleinen Tochter, kandidiert auf **Platz 6** eine Juristin, wohnhaft in Brechten. Sie beschäftigt sich im Stadtbezirk Eving aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation insbesondere mit den Themen Familie und Soziales. Auch die ehrliche und transparente Auseinandersetzung mit dem Thema Zuwanderung aus Südosteuropa ist ihr ein wichtiges Anliegen.

Die langjährige Fraktionsvorsitzende **Gisela Sichelschmidt** stellt sich nicht mehr zur Wahl, wird aber den Ortsverband und die zukünftigen BezirksvertreterInnen mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement weiterhin unterstützen.

Weitere Informationen unter: [eving.gruene-dortmund.de](http://eving.gruene-dortmund.de)



STADTBEZIRK HÖRDE

## GEWALTIG VERÄNDERT

Der Phoenixsee mit seiner Umgebung und Phoenix West entwickeln sich. Der Stadtkern von Hörde wird saniert. Der Emscherumbau mit seinen Zuflüssen ist im Bezirk Hörde weitgehend abgeschlossen. Und doch gibt es noch viel zu tun, denn der Stadtbezirk besteht nicht nur aus dem Ortskern rund um die „Schlanke Mathilde“.

### Phoenix aus der Asche und die neuen Flächen

Anstatt des Stahlwerkes existiert heute ein See mit exklusiven Bauplätzen in Hörde. Für die Südseite konnten wir Bauplätze für Mietwohnungsbauten sichern, bei denen eine Miete in Höhe des sozialen Wohnungsbaus verankert ist. Dies zeigt, dass bei gewissem Druck auch „Nobelviertel“ für alle erschwinglich werden können. Eine Anpassung der Bauhöhe des geplanten Hochhauses am Hafen auf das Niveau der Nachbargebäude scheiterte leider in der BV Hörde an einer Koalition aus SPD und CDU.

Das Stellplatzproblem insbesondere im Hafengebiet prangern wir seit acht Jahren an. Wir wollten die Stellplätze im Bebauungsplan auf privaten Flächen festschreiben. Unsere Bedenken zum Parkraumkonzept im Kernbereich wurden von den übrigen Parteien belächelt. Inzwischen zeigen sich die Folgen. Der Parkplatz-Suchverkehr nervt alle und belastet Umwelt und Gesundheit. Wohlgermerkt: Bislang ist nur ein Bruchteil der Gewerbeflächen am See fertig.

Die Uferbereiche der renaturierten Emscher sind deutlich breiter geworden als ursprünglich geplant. Das erreichten wir zusammen mit den Naturschutzverbänden. Eisvögel, Graureiher und viele andere Zugvögel bezeugen diesen nachhaltigen Erfolg.

Die Ansiedlung von Firmen auf Phoenix West blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Hier zeigt sich sehr schön, dass der angebliche Bedarf an Wirtschaftsflächen stadtwweit überschätzt wird.

Wichtig sind uns nicht nur die Großprojekte, sondern auch die vielen kleinen Dinge des Alltags in den Wohnquartieren wie z. B. das Neumarktviertel, das Wohngebiet südlich des Hörder Bahnhofs, die Versorgungssituation in Wellinghofen und Wichlinghofen, Jugend- und Sportangebote in Holzen, die Schulsituation und der Jugendtreff auf dem Höchsten sowie die Flüchtlingserstaufnahme in Hacheneay.

### Mobil im ÖPNV und mit dem Rad

Der Stadtbezirk ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen. Den Umbau des Hörder Bahnhofs als größtem Verkehrsknotenpunkt nach dem Hauptbahnhof haben wir angeschoben und begleitet. Ärgerlich waren die langen Verzögerungen bei den Aufzügen. Den oft geäußerten Wunsch nach einem direkten Zugang von der Hörder Brücke zu den Bahnsteigen haben wir noch nicht aufgegeben.

Das Radwegenetz ist durch die Verbindung entlang der Emscher und rund um den See komfortabler und sicherer geworden. Ebenfalls ein GRÜNER Erfolg: Am Clarenberg steht eine beliebte, überdachte Bike-and-ride-Station neben dem U-Bahn-Eingang. Wir arbeiten an einer Radverbindung in die Innenstadt über die alte „Eliasbahntrasse“ und an einem Lückenschluss im Hauptradwegenetz im Ortskern.

Hörde leidet unter dem intensiven Verkehr: Lärm auf der Straße, der Schiene und in der Luft sowie Luftschadstoffe wie Feinstaub und Stickoxide belasten die Gesundheit. Wir GRÜNE erreichten, dass verlärmte Straßenzüge Flüsterasphalt erhielten. Das war ein erster Schritt. Im Zuge der Umgestaltung der Fußstraße muss die Schadstoffbelastung nachhaltig sinken. Die Messwerte lagen vor etwa 15 Jahren hier sogar höher als an der B1. Denn auch an Hauptverkehrsadern müssen Anwohner\*innen gesund leben können.

### Zur Bildung gehören auch gute Gebäude

Mit dem Turnhallenneubau am Phoenix-Gymnasium wurde eine langjährige Lücke geschlossen. Sportunterricht besteht jetzt zu 100 Prozent aus Sport und nicht zu 50 Prozent aus Busfahrten. Zudem können Vereine ihr Angebot erweitern.

### Was wollen wir Hörder GRÜNE?

Wir GRÜNE wollen die Attraktivität des Hörder Ortskerns genauso wie die des Neumarkts stärken und ein Zentrum-schädigendes Abwandern zum See verhindern. In den Vorortzentren muss die Nahversorgung dauerhaft und fußläufig gewährleistet sein.

Wir wollen Freiräume sichern und langfristig erhalten für Menschen, Tiere und Pflanzen. In der Energieversorgung müssen wir verstärkt auf sowie regenerative Energien setzen – so wie es beim Neubau der Feuerwache in Hörde schon gelungen ist.

Der Neubau der Moschee ist ein Beitrag zu einem Stück Normalität, zu veränderter Wahrnehmung, Integration, würdiger Religionsausübung und zum Herausholen aus der Randexistenz in Hinterhöfen.

Der Stadtbezirk muss lebenswert für alle sein, bleiben und werden. Das soziale und finanzielle Gefälle ist in Hörde sehr stark. Durch die Vermarktung der hochwertigen Grundstücke am Phoenixsee darf es im Umfeld nicht zu Verdrängungen kommen. **Darauf werden wir GRÜNE achten.**

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Klaus Tillmann**, 56 Jahre, Hausmann
2. **Hartmut Schulze-Velmede**, 52 Jahre, EDV-Berater
3. **Ute Goerke**, 47 Jahre, Journalistin
4. **Andreas Sparla**, 48 Jahre, Medizincontroller
5. **Henrik Gebauer**, 26 Jahre, Lehrer
6. **Dagmar Tillmann**, 44 Jahre, kfm. Angestellte
7. **Bettina Markert**, 46 Jahre, Pflegepädagogin

Weitere Informationen unter: [gruene-hoerde.de](http://gruene-hoerde.de)



## SCHMELZTIEGEL IM DORTMUNDER SÜDEN

Kein Stadtteil ist so durch die Technische Universität (TU) geprägt wie Hombruch. Überall trifft man junge Menschen aus unterschiedlichsten Nationen, die unsere Zukunft repräsentieren. Sie vermischen sich mit alteingesessenen Hombrucher\*innen und bilden eine Bürgergesellschaft, wie wir sie uns vorstellen.

Wir GRÜNEN gehen diese mit 38.500 TU-Menschen verbundenen logistischen Herausforderungen an: Der An- und Abreiseverkehr der Studierenden und Mitarbeiter\*innen fließt großteils durch den Stadtbezirk. Sie und die Beschäftigten des Technologiezentrums wünschen sich adäquaten universitätsnahen Wohnraum für unterschiedlich lange Lebensabschnitte. Flächenversiegelungen nehmen nicht nur im Umfeld der Universität zu. Der Mikrokosmos Hochschule ist in vielen Bereichen symptomatisch für den Stadtbezirk: Verkehr, Natur und Umwelt bilden die Kernprobleme, denen wir GRÜNE uns stellen. Mit Unterstützung unserer Wähler\*innen setzen wir uns dafür ein, dass Hombruch lebens- und liebenswert bleibt.

### Politische Highlights der vergangenen fünf Jahre

- Wir konnten nachweisen, dass die Ostenbergstraße nach wie vor verkehrlich stärker belastet ist als der ausgebaute Gadenkamp. Trotz zunehmend schlechterer Fahrbahndecke weigern sich CDU und SPD, die Ostenbergstraße auch nur probeweise für Kraftfahrzeuge zu sperren.
- Mit der Forderung nach einem Parkraumkonzept hatten wir in der Bezirksvertretung Erfolg; ebenso mit einem Antrag zur Sanierung und Aufwertung des Permakulturparks.
- Obgleich die Hochbauverwaltung das Schulbiologische Zentrum als weiterhin nutzbar bezeichnete, drängten wir GRÜNE

auf eine Veränderung. Letztlich schätzte der Kämmerer dies als ebenso notwendig wie finanzierbar ein. In 2014 wird renoviert.

- Bei der Radwegeplanung an den renaturierten Emscherzuflüssen ist es uns gelungen, mit den Naturschutzverbänden die Belange des Naturschutzes durchzusetzen.
- Die Ersatzpflanzung der gefälltten Robinien in der Harkortstraße ist auf unser Bestreben in einer Einwohner\*innenversammlung entschieden worden.
- Ablehnen mussten wir den einzigen von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort für einen Kita-Neubau. Statt Flächen in Universitätsnähe suchen zu lassen, stimmte die SPD in Stadtbezirk und Rat für einen Standort auf einer Altlastenverdachtsfläche. Auch knapp ein Jahr nach dem Beschluss ist die Fläche weder untersucht noch veräußert.
- Nicht durchsetzen konnten wir uns mit der Ablehnung der Bebauung des Bergfeldes, des Bebauungsgebietes Düwelsiepen, sowie der Ansiedlung des großflächigen Einzelhandels in Kirchhörde.
- Wir GRÜNE in Hombruch freuen uns über die Vielfalt der Menschen im Stadtbezirk und über ein reges bürgerschaftliches (Vereins-) Leben, das wir nach Kräften unterstützen.

### Was wir fordern – wofür wir stehen

Natur braucht Freiraum, um Tieren und Pflanzen Lebensraum und dem Menschen Raum zur Erholung bieten zu können. In unserem grünen Stadtbezirk ist davon reichlich vorhanden! Noch, denn der Flächenverbrauch schreitet weiter voran.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die vorhandenen Frei- und Waldflächen zu erhalten, für Tiere und Pflanzen zu sichern und durch Vernetzung weiter zu entwickeln.

Wir möchten, dass neue Baugebiete trotz vorhandenem Siedlungsdruck nur behutsam ausgewiesen werden. Die in ökologisch sensiblen Gebieten bereits geplanten Bauflächen sollen zurückgenommen werden, zumindest aber unter

ökologischen Gesichtspunkten überarbeitet werden. Bei unvermeidbaren Eingriffen fordern wir vollwertige ökologische Ausgleichsflächen im Stadtbezirk.

Ferner fordern wir, dass die bestehende Einzelhandelsstruktur nicht weiter zu Gunsten von großflächigem Einzelhandel reduziert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass dem demografischen Wandel Rechnung getragen wird und die wohnortnahe Versorgung erhalten oder – wo notwendig – wieder geschaffen wird.

Die Starkregenereignisse der letzten Jahre zeigen die Auswirkungen der Versiegelung: Die anfallenden Wassermassen konnten nicht versickern, sondern flossen oberflächlich ab. Wir möchten erreichen, dass die Flächenversiegelung im Stadtbezirk auch bei Baumaßnahmen gering gehalten wird und da (wo möglich) Flächen entsiegelt werden, um das Regenwasser wieder ortsnah versickern zu lassen.

Die hochverdichtete Innenstadt heizt sich im Sommer stark auf. Gegen diesen Effekt kann man dagegen Kaltluftbahnen aus den Randbereichen freihalten. Wir fordern aus diesem Grunde die dauerhafte Sicherung der Grünzüge, um damit die innerstädtischen Wärmeinseln kühlen zu können.



Für ein liebenswertes Hombruch!

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Barbara Brunsing**, 53 Jahre, Geschäftsführerin
2. **Dr. Christa Rogge**, 64, Ärztin
3. **Susanne Lohse**, 43 Jahre, Lehrerin
4. **Anne Lotz**, 35, Statistikerin
5. **Stefan Sonnabend**, 54, Lehrer
6. **Nils Behler**, 48, Angestellter
7. **Oliver Wagner**, 43, Informatiker
8. **Jürgen Brunsing**, 54 Jahre, Dr.-Ing. Raumplanung

Weitere Informationen unter:  
[hombruch-gruene-dortmund.de](http://hombruch-gruene-dortmund.de)



STADTBEZIRK HUCKARDE

## FÜR MEHR GRÜN IM STADTBEZIRK

Seit vielen Jahren bestimmen wir mit innovativen Ideen und Konzepten die Politik in unserem Stadtbezirk maßgeblich mit.

Huckarde umfasst die Ortsteile Deusen, Jungferntal, Kirchlinde, Rahm und Wischlingen. Flächenmäßig ist es der kleinste Stadtbezirk in Dortmund, mit 37.000 Einwohner\*innen ist es sehr dicht besiedelt. Mit relativ vielen Kindern und Jugendlichen (24 Prozent) ist Huckarde ein junger Stadtbezirk. In einigen Siedlungen, wie dem Jungferntal und Deusen, gibt es dagegen einen hohen Anteil an Senior\*innen. Ein Viertel der Einwohner\*innen hat eine Migrationsgeschichte.

Mit dem Rahmer Wald, dem Revierpark Wischlingen mit seinen verschiedenen Angeboten, dem Freibad Hardenberg und dem Deusenberg bietet Huckarde heute vielfältige Möglichkeiten zur Naherholung. Für Besucher\*innen sind das Industriedenkmal Kokerei Hansa und das sich in unmittelbarer Nähe befindliche Straßenbahnmuseum „Bahnhof Mooskamp“ zwischen Huckarde und Ellinghausen attraktive Ausflugsziele.

Bei der letzten Kommunalwahl 2009 und auch bei der Wiederholungswahl 2012 erangenen wir GRÜNE jeweils zwei der 19 Sitze in der Bezirksvertretung Huckarde. Auch als kleine Fraktion waren wir eine lebendige und einflussreiche Opposition, die viel bewegen konnte.

Seit 2009 konnten wir folgende Schwerpunkte GRÜNER Politik, auch gegen Widerstände, erfolgreich verfolgen:

- Durch unsere intensive Mitarbeit bei der Verteilung und Priorisierung der Haushaltsmittel wurden Kindergärten und Schulen gezielt unterstützt und deren Ausstattung verbessert.
- Der weitere Ausbau des Radinfrastruktur (Wegenetz und Abstellanlagen Deusen und Huckarder Ortskern) wurde vorangetrieben.

- Durch unsere Antragsinitiative in der Bezirksvertretung wurde die Varziner Straße in ihrem gesamten Verlauf zu einer Tempo-30-Zone.
- Der erste Elektromobilitätstag auf Stadtbezirksebene wurde in Huckarde durch die GRÜNEN initiiert und maßgeblich organisiert.
- Die Flächenaufwertung an der Aspeystraße und die Aufwertung des Revierparks mit einer öffentlichen Disc-Golf-Anlage trägt eine deutliche GRÜNE Handschrift.
- Die Aufstellung einer Jugendbude nahe der S-Bahn Station als informeller Treffpunkt für Jugendliche ist Ergebnis der erfolgreichen Arbeit des Huckarder Jugendforums, das die GRÜNEN mit auf den Weg gebracht haben.
- Die vorläufige Verhinderung der Ansiedlung eines Discounters am Bärenbruch und einer weiteren Bebauung war ein wichtiges GRÜNES Anliegen.
- Die GRÜNEN haben den Widerstand gegen die KV-Anlage (KV=Kombinierter Verkehr Straße/Schiene) im Wesentlichen mitgetragen und arbeiten intensiv beim „Hafendialog“ mit, um auch Teillösungen für das Verkehrsproblem mit zu entwickeln.
- GRÜNE Akteur\*innen haben den Widerstand des „Huckarder Bündnisses gegen Rechts“ entscheidend initiiert und intensiv unterstützt, vor allem seit die Partei „Die Rechte“ versucht, ein Parteibüro in Huckarde zu eröffnen. Die Kundgebungen auf dem Huckarder Marktplatz jeden ersten Samstag im Monat sind seit fast eineinhalb Jahren ein starkes und sichtbares Zeichen vielfältigen Widerstands, das mittlerweile weit über die Grenzen des Stadtbezirks hinaus Beachtung findet.

Durch den Einzug von Ulla Hawighorst in den Rat konnte die Zusammenarbeit mit der Ratsfraktion zugunsten des Stadtbezirks an vielen Stellen weiter intensiviert werden.

### Die GRÜNEN Themen der Zukunft

- Weiterführung der engen und bewährten Kooperation mit den muslimischen Verbänden wie den Moscheevereinen in Huckarde und der Integration der Migrant\*innen

- Weiterentwicklung des Deusenbergs für regenerative Energien, wenn möglich Ansiedlung einer Flächensolaranlage bei gleichzeitiger Aufwertung durch zusätzliche Freizeitangebote
- Verhinderung der Versiegelung von Flächen, von denen in Huckarde sowieso zu wenig vorhanden sind. Wir sind gegen die Bebauung des Gebietes südlich des Ährenwegs in Deusen oder der Altlastenfläche der Kokerei Hansa.
- Unterstützung sozialer Initiativen wie z. B. der Huckarder Tafel, der Hausaufgabenhilfe Erpinghof, der unterschiedlichen Angebote für Jugendliche, der Altenbegegnungsstätten, des Jugendforums und der Vereine und Verbände
- Errichtung eines Lehrpfads „Natur und Kultur“ im Rahmer Wald
- Unser besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz und die Aufwertung ökologisch bedeutsamer Flächen wie das Wideybachtal, das Naturschutzgebiet Wischlingen, Teile des Rahmer Waldes, aber auch kleiner Flächen wie das Feuchtbiotop im Gewerbepark Hansa.
- Kontinuierliche Unterstützung der Stadtteilbibliothek für die Neuanschaffung von Büchern und Medien und Einsatz für die Gestaltung eines barrierefreien Zugangs

Es bleibt noch viel zu tun! Dazu brauchen wir in den kommenden Jahren eine noch stärkere GRÜNE Präsenz in der Bezirksvertretung für unser Ziel eines sozialen, ökologischen, demokratischen und bunten Stadtbezirks. **Mehr GRÜN tut Huckarde gut!**

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Kaan Eker**, 24 Jahre, Student
2. **Lisa Schultze**, 23 Jahre, Studentin
3. **Guido Stuck**, 45 Jahre, Bürokaufmann
4. **Ursula Hawighorst-Rüßler**, 56 Jahre, Sozialpädagogin
5. **Hasan Eker**, 52 Jahre, Betriebswirt
6. **Kornelia Althoff**, 51 Jahre, Lehrerin für Sonderpädagogik
7. **Thomas Althoff**, 53 Jahre, Lehrer für Sonderpädagogik
8. **Ibrahim Süzüik**, 22 Jahre, Student
9. **Alper Eker**, 18 Jahre, Schüler

Weitere Informationen unter:  
[huckarde.gruene-dortmund.de](http://huckarde.gruene-dortmund.de)





STADTBEZIRK **INNENSTADT-NORD**

## DER BUNTESTE TEIL DER STADT

Die NordstadtGRÜNEN haben als zweitstärkste Fraktion in der Bezirksvertretung vier Mandate und stellen den ersten Stellvertretenden Bezirksbürgermeister. Wir engagieren uns in lokalen Vereinen, Initiativen und Nachbarschaftsforen, und wir tragen dazu bei, dass die Bürger\*innen in der Verwaltung mehr Gehör finden.

Wer mitmachen will: Wir treffen uns etwa alle zwei Wochen dienstags um 19.30 Uhr. Genaueres dazu: [www.nordstadtgruene.de](http://www.nordstadtgruene.de).

Trotz Opposition haben wir in den vergangenen fünf Jahren einiges bewegt:

- Die Stadt finanziert das Quartiersmanagement und die Elterncafés an Schulen.
- Die Bezirksvertretung saniert schwerpunktmäßig die Schulen.
- Ein neuer Bildungs- und Projekttopf für Kinder und Jugendliche konnte schon viele Maßnahmen finanzieren.
- Fahrradständer gibt es jetzt flächendeckend. In der Feldherrenstraße steht die erste Fahrradparkgarage.
- Die Umweltzone ist ein erster Schritt für sauberere Luft in der Nordstadt.
- Fünf neue Kindertagesstätten bekommt die Nordstadt, drei davon sind schon in Betrieb.
- Mit dem Café Berta wurde ein Modellversuch für alkoholranke Menschen geschaffen – gegen die Stimmen der SPD.
- Dank unserer Initiative ist der Drogenkonsumraum in der Innenstadt 15 Stunden in der Woche länger geöffnet.
- Die neue Straßenbeleuchtung der Münsterstraße ist zu dunkel und schafft Angsträume. Die Verwaltung wird die Straßenbeleuchtung verstärken.

### Theaterprojekt stärkt Selbstbewusstsein

Die Armutswanderung aus Rumänien und Bulgarien ist zu einem der zentralen Wahlkampfthemen geworden. In Dortmund gibt es schon verschiedene Beratungsangebote für Menschen aus diesen Ländern, meist mit aufsuchendem

Charakter. Auch fördern die Schulen Kinder bei Spracherwerb und Integration. Kreative Projekte, die neue Wege gehen, fehlen aber. Zum Beispiel Theater: Am Anfang reichen ein paar Brocken Deutsch. Indem die Kinder auch über die Theaterszenen sprechen müssen, lernen sie die Sprache spielerisch. Am Ende steht immer eine Aufführung: Eltern, Verwandte und andere Menschen aus dem Stadtviertel sind eingeladen und feiern gemeinsam den Erfolg der Kinder. Eine gute Gelegenheit, sich kennen und schätzen zu lernen.

Die NordstadtGRÜNEN unterstützen einen Antrag auf öffentliche Förderung regelmäßiger Theaterworkshops für Zuwanderer- und einheimische Kinder.

### Nachgefragt: Dirk Logermann

**Dirk, du bist zur Zeit Bezirksbürgermeister für die Nordstadt. Wie kam es dazu?** Im vergangenen November rief mich der Geschäftsführer der Bezirksvertretung (BV) an und sagte, dass der eigentliche Bezirksbürgermeister länger krank sei. Als sein gewählter Stellvertreter übernahm ich schnell dessen Aufgaben, da die nächste BV-Sitzung bereits zwei Tage später anstand.

### Hat sich dein Wochenverlauf seit November dadurch geändert?

Ich habe jetzt natürlich einige Termine mehr in der Woche, denn ich leite auch noch verschiedene Arbeitskreise zur Sauberkeit, Sicherheit oder zum Stadtbezirksmarketing. Das sind Arbeitsgruppen, die aus Vertreter\*innen der Verwaltung, der Politik und von Verbänden und Bürgergruppierungen bestehen und die die Probleme in der Nordstadt aufzeigen und lösen helfen.

### Was sind die Aufgaben der Bezirksvertretung?

Unterhalb der Ratsebene entscheidet die Bezirksvertretung über Themen auf lokaler Ebene – z.B. Schulsanierungen, Instandhaltung von Nebenstraßen und Wegen, Containerstandorten etc.

### Wie sind die Mehrheiten? Gibt es Koalitionen?

Wir haben in der Nordstadt die eigenartige Situation, dass sich der SPD-Bezirksbürgermeister von den Linken hat mitwählen lassen. Weitere gemeinsame Aktionen gab es aber nicht, von einer Koalition kann man da nicht reden. Ansonsten gibt es eher wechselnde Mehrheiten – mal findet sich eine schwarzrote Koalition wie für das Grillverbot im Fredenbaupark, mal kommt eine Mehrheit „jenseits“ der SPD zustande, z.B. als es um die Fortführung des Alkoholkonsumraums „Café Berta“ ging.

### Was sind die drängenden Probleme in der Nordstadt?

Die Nordstadt leidet nach wie vor unter hoher Arbeitslosigkeit und hat dazu einen hohen Integrationsaufwand zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu leisten. Wir brauchen also weiterhin Investitionen in Struktur und Bildung, um negativen Entwicklungen entgegenzutreten. Wichtig ist mir auch, dass wir alle der Nordstadt eine Chance geben sollten. Wir müssen uns klar machen, dass viele Probleme nicht durch die Nordstadt allein gelöst werden können, zumal sie auch nicht durch die Nordstadt geschaffen wurden.



### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Mustapha Essati**, 24 Jahre, Student
2. **Dirk Logermann**, 50 Jahre, Architekt
3. **Anja Lohmann**, 40 Jahre, Floristin
4. **Rico Koske**, 22 Jahre, Student
5. **Mona Markmann**, 25 Jahre, Studentin
6. **Katja Bender**, 41 Jahre, Sprachtherapeutin
7. **Hans-Georg Schwinn**, 51 Jahre, Informatiker
8. **Hans-Joachim Nölle**, 59 Jahre, Kulturmanager
9. **Cengiz Tekin**, 42 Jahre, Pädagoge
10. **Mario Tenge**, 55 Jahre, Schreiner



## STADTBEZIRK INNENSTADT-OST

### LEBENSWERTE ZUKUNFT FÜR ALLE

Die citynahe Lage und die gute Verkehrsanbindung machen den Stadtbezirk Innenstadt-Ost zu einem attraktiven Wohnquartier in Dortmund. Viele der täglichen Wege können mit dem Fahrrad oder zu Fuß erledigt werden. Deshalb wollen wir das Radverkehrsnetz weiter ausbauen sowie Parks, Gärten und Wiesen erhalten. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, mit Kindern und Jugendlichen wollen wir gemeinsam die Lebensqualität in Innenstadt-Ost erhalten und verbessern.

#### Alle Generationen im Zentrum GRÜNE Politik

GRÜNE Politik steht für ein Zusammenleben, das den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Generationen gerecht wird. In den letzten Jahren hat die Bezirksvertretung, auch auf GRÜNE Initiative hin, deshalb das Seniorenbüro finanziell unterstützt und mit dem Seniorinnen- und Seniorenbeirat zusammengearbeitet.

Auch Kinder- und Jugendpolitik wird weiterhin einen Schwerpunkt der politischen Arbeit bilden. Wir setzen uns deshalb wie bisher dafür ein, dass mit den Geldmitteln der Bezirksvertretung vorrangig Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen saniert und modernisiert werden. Und wir werden weiterhin dafür sorgen, dass der Westfalenpark für Kinder und Jugendliche aus Innenstadt-Ost mit einer Jahreskarte kostenlos zugänglich ist.

#### Mobilität für alle – ökologisch und barrierefrei gestalten

Auf vielen Strecken in der Stadt ist das Fahrrad das schnellste Verkehrsmittel. Dennoch nutzen viele Menschen das Fahrrad nicht für alltägliche Wege, weil sie sich im Straßenverkehr unsicher fühlen. Neue Radwege und Schutzstreifen

ermöglichen ein sicheres Miteinander von Pkw- und Radverkehr. Wir setzen uns u. a. für eine sichere Radwegeführung auf Hellweg und Kaiserstraße sowie auf der Saarlandstraße ein.

Die oberirdischen Stadtbahnlinien U 43 und U 47 bieten ein attraktives Angebot für Fahrten in die City. Es ist unser Ziel, dass Haltestellen und Fahrzeuge stufenlos zugänglich sind. Auch die Fußgängerampeln in der Nähe der Haltestellen sollen so geschaltet werden, dass Fahrgäste die Bahnen ungefährdet und schnell erreichen können.

#### Saarlandstraßenviertel – städtisch, lebendig und individuell

Der Mix aus Fachgeschäften, Supermärkten, Cafés und Restaurants, kleinen Betrieben, Praxen und Büros macht das Saarlandstraßenviertel zu einem beliebten, lebendigen Wohnviertel in unserem Stadtbezirk. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden, Kirchengemeinden und ansässigen Vereinen wollen wir GRÜNE hier weitere Ideen entwickeln und Vorschläge für den Erhalt der vorhandenen grünen Nischen erarbeiten.

#### Kaiserstraße und Gerichtsviertel – ruhiges Wohnen im Grünen

Das Kaiserstraßenviertel mit seiner Mischung aus Büros, Gewerbe, Einzelhandel, kleinen Cafés und Gastronomiebetrieben, den vielen Wohnstraßen und Grünanlagen wie dem Ostpark bietet schon heute eine gute Wohnqualität. Um diese Qualität zu erhalten und zu verbessern, setzen wir uns für einen weitgehenden Erhalt der noch vorhandenen Freiflächen im Ostpark und für einen Erhalt der Straßenbäume im Viertel ein.

#### Gartenstadt – grün und historisch

Die Gartenstadt, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Beispiel für gesundes Wohnen angelegt wurde und zum großen Teil unter

Denkmalschutz steht, wird seit Langem durch Lärm und Schadstoffemissionen an der B 1 belastet. Dank bürgerschaftlichen Engagements und mit GRÜNER Unterstützung wurde endlich ein Lkw-Nachfahrverbot auf der Bundesstraße 1 durchgesetzt. Wir wollen, dass dieses Durchfahrtsverbot auch am Tag gültig ist.

#### Körne – eigenständig und kreativ

Mit seinen unterschiedlichen Fachgeschäften und Restaurants und seinem vielfältigen Vereinsleben ist Körne ein attraktiver Anlaufpunkt. Vor allem das Engagement des Körner Kunst- und Kulturvereins steigert die Aufenthaltsqualität am Körner Park. Leer stehende Ladenlokale zeigen aber, dass es in Körne noch einiges zu tun gibt. Wir wollen das Nahversorgungszentrum Körne weiter stärken und deshalb mehr Querungshilfen für Fußgängerinnen und Fußgänger über den Hellweg im Körner Ortszentrum einrichten.

#### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Christiane Gruyters**, 59 Jahre, Lehrerin
2. **Matthias Dudde**, 47 Jahre, Historiker
3. **Marianne Gurowietz**, 59 Jahre, Angestellte
4. **Oliver Stieglitz**, 44 Jahre, Angestellter
5. **Sigrun Katscher**, 47 Jahre, Hauswirtschaftliche Betriebsleiterin
6. **Gerrit Stadthaus**, 37 Jahre, Angestellter
7. **Alessia Mainardi**, 42 Jahre, Verkehrsplanerin
8. **Thomas Müller**, 61 Jahre, Wirtschaftsinformatiker
9. **Christiane Pörtner**, 44 Jahre, Angestellte
10. **Wolfgang Granseier**, 70 Jahre, Pensionär
11. **Claudia Dudde**, 49 Jahre, Angestellte
12. **Mathias Karsch**, 26 Jahre, Wirtschaftsinformatiker
13. **Cornelia Trumpf**, 47 Jahre, Bildungswissenschaftlerin
14. **Bianca Haab**, 26 Jahre, angehende Hotel-Betriebswirtin
15. **Ingrid Reuter**, 57 Jahre, Redakteurin

Weitere Informationen unter [www.innenstadt-ost.gruene-dortmund.de](http://www.innenstadt-ost.gruene-dortmund.de)



## STADTBEZIRK INNENSTADT-WEST

### MITMACHEN, STADTTEILKULTUR, FUSS- UND RADVERKEHR

Seit 2009 stellen wir GRÜNE den Bezirksbürgermeister Friedrich Fuß und bilden mit der CDU eine GRÜN-schwarze, schlagkräftige Gruppe, sind also nicht mehr das fünfte Rad am roten Bezirkswagen. Wir stellen 6 von insgesamt 19 Leuten in der Bezirksvertretung. So konnten wir in den letzten Jahren viele GRÜNE Akzente für eine nachhaltige Stadtentwicklung setzen.

#### Vorrang für den Fuß- und Radverkehr

Einen Schwerpunkt GRÜNER Bezirkspolitik bildet der fahrradfreundliche Umbau unserer Straßen: Die früher vierspurige, autobetonete Lindemannstraße bietet heute viel Platz für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen, ohne – wie viele Gegner\*innen vorher meinten – den motorisierten Verkehr einzuschränken. Wir setzen uns gegen die Dominanz der Autos auf den zugeparkten Bürgersteigen und Radwegen ein: Hier muss Platz für Menschen sein und nicht für Blech. Straßen sind Lebensraum und Treffpunkt! Auch müssen Radwege stets von Scherben und Schnee befreit werden. Ampeln sollten öfter zu Gunsten des umweltfreundlichen Verkehrs geschaltet werden. Wir fordern viele Carsharingplätze (Quote 1:25), so dass nicht jedeR ein Auto braucht. Und wir wehren uns gegen eine Parklizenzierung, die es für Gäste schwierig macht, zu Besuch zu kommen.

#### Politik zum Mitmachen

Als basisdemokratische Partei gibt es für uns keine Hinterzimmerentscheidungen. Alle Bürger\*innen können zu unseren 14-tägigen Sitzungen kommen, Anregungen einbringen und über Alternativen mitbestimmen. Deswegen haben wir auch die Namenswahl für die neuen Straßen unter dem U-Turm in Bürger\*innenhand gelegt: Duch guerillataktisch aufgehängte Infoflyer wurden alle aufgefordert, ihre

Vorstellungen für Straßennamen am neuen Zentrum für Kunst und Kreativität einzubringen und zu begründen. Nun tragen alle Straßen Namen mit Bezug zur Fläche und verherrlichen keine Parteipolitiker\*innen.

#### Freizeitqualität im Stadtbezirk

Die Innenstadt-West ist ein attraktiver Lebensraum, den wir GRÜNE in seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklung stärken konnten. In den letzten Jahren konnten unter dem GRÜNEN Bezirksbürgermeister viele Projekte des Quartiersmanagements wie die Spielplatzneubauten im Westpark umgesetzt werden. Feste Grillplätze werden folgen. Nicht nur die Parks sind lebendige Treffpunkte einer vielfältigen Gesellschaft, auch die lokalen Sportplätze sind Orte des sozialen Miteinanders unterschiedlicher Altersgruppen und Milieus. Deswegen haben wir einen Sportplatz in Dorstfeld kräftig gefördert, um diesen mit Kunstrasen noch attraktiver zu gestalten.

#### Kreativer Stadtumbau

An der Rheinischen Straße ist in den letzten Jahren viel passiert. Der neue Name Unionviertel verdeutlicht: Es kommt viel Neues in den Westen der City. Das Engagement vieler kreativer Bürger\*innen im Stadtteil und ihre Netzwerkgründungen wie die Neue Kolonie West und Veranstaltungen wie Quartiersfeste müssen von der Politik befördert werden. Hier sind wir GRÜNEN oft die Einzigen, die sich für die vielen kleinen Aktionen, Straßenfeste und Gestaltungen des öffentlichen Raums einsetzen. Mit der Stärkung des lokalen Verfügungsfonds und mit den Mitteln des Stadtteilmarketings konnten wir jedoch viele Bürger\*innenprojekte unterstützen und so Quartiersgestaltung durch die Bewohner\*innen ermöglichen. Leerstände im Quartier sehen wir auch als Chance für neue Ideen. So konnte beispielsweise der Verband soziokultureller Migrantenvereine in einer leeren Schule seine neue Heimat finden und strahlt seitdem durch die Bündelung vieler Gruppen vor Ort seine Stärke aus.

#### Starke Jugend im Quartier

Wir unterstützen das Engagement freier Träger in der Jugendarbeit. Wir haben auch in Zeiten geringer finanzieller Spielräume

Geld für Jugendbuden, Kinderferienspiele und Spielcontainer bereitgestellt. Auch die Renovierung und Ausstattung von Kindergärten und Schulen darf nicht zu kurz kommen. Mit der Einrichtung des Heinrich-Schmitz-Preises, der von einer finanzkräftigen Jury gestärkt wird, haben wir GRÜNE eine Möglichkeit gefunden, wie Jugendliche für ihr Engagement im Quartier ausgezeichnet werden und finanzielle Hilfe für ihre Ideen finden. Auch die Entwicklungen um den neuen Jugendkulturtreffpunkt an der Dorstfelder Brücke unterstützen wir GRÜNE sehr. Denn Jugendliche müssen Möglichkeiten haben, ihren Lebensraum zu verstehen und selber gestalten zu können.

#### Brückstraße ist Kult

Nachtschwärmer\*innen, Veganer\*innen, Musikliebhaber\*innen und Weltenbummler\*innen aus der ganzen Region besuchen neben den Dortmunder\*innen regelmäßig den besonderen Teil der Dortmunder City, die Brückstraße. Am Tag bestimmen Szeneläden, am Abend das Konzerthaus und nachts die vielen Clubs das Leben. Wir GRÜNE unterstützen mit Verfügungsfonds und kostenlosem WLAN die Gestaltungsmöglichkeiten der engagierten Einzelhändler\*innen. Mit öffentlichen Toilettenanlagen wollen wir GRÜNE versuchen, dem nächtlichen Druck Raum zu bieten. Um die Attraktivität dieser oft umstrittenen Straße zu verdeutlichen, unterstützen wir GRÜNE finanziell die Ausrichtung eines Quartiersfestes.

#### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. Astrid Cramer, 37 Jahre Physiotherapeutin
2. Ulrich Fibitz, 54 Jahre, Gärtner
3. Kathrin Klausmeier, 28 Jahre, Historikerin
4. Friedrich Fuß, 61 Jahre, Regisseur
5. Svenja Noltemeyer, 33 Jahre, Dipl.-Ing. Raumplanung
6. Jochen Fischer, 75 Jahre, Architekt
7. Andrea Berlin, 33 Jahre, Historikerin
8. Matthias Meyn, 67 Jahre, Pensionär und freiberuflicher Unternehmensberater
9. Tabea Rössig, 29 Jahre, Raumplanerin
10. Philip Vaupel, 29 Jahre, Student

Weitere Informationen unter:  
[innenstadt-west.gruene-dortmund.de](http://innenstadt-west.gruene-dortmund.de)





## STADTBEZIRK LÜTGENDORTMUND

### LEBENSWEERT BLEIBEN

#### Ein schöner Stadtbezirk mit vielen lebenswerten Orten soll weiterhin attraktiv bleiben!

Auch mit begrenzten finanziellen Möglichkeiten wollen wir dazu beitragen, die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern.

Besonders in bisher vernachlässigten Ortsteilen wie Marten, Bövinghausen sowie Teilen von Oespel und Kley muss deutlich mehr getan werden, um den Einwohner\*innen-Rückgang aufzuhalten. Dazu wollen wir Vereine stärken, den Einzelhandel unterstützen, natürliche Ressourcen erhalten, die Natur schützen aber vor allem Verkehrslärm und sonstige gesundheitsgefährdenden Emissionen reduzieren. Besonders auf schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen, wie Senior\*innen und Kinder sollte besser geachtet werden.

#### Taube Ohren für Schaukästen

Wir fordern mehr Transparenz, Information und Bürger\*innenbeteiligung: Ob umfangreiche Baumfällungen, Bebauung von Naturflächen, Veränderungen des Straßenverkehrs oder der Neubau von Einkaufszentren:

Bürger\*innen werden zu oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Informationen oder gar ein Mitbestimmungsrecht gibt es nicht oder viel zu selten. Andererseits wird auf berechnete Beschwerden zum Beispiel wegen kaputter Straßen, fehlender Spielmöglichkeiten für Kinder oder mangelnde Sicherheit und Sauberkeit ganzer Ortsteile schleppend, nur vor Wahlen oder gar nicht reagiert. Als erste Schritte haben wir daher vorgeschlagen, die Bürger\*innen mehr und besser bei Planungen und Entscheidungen sowohl der Bezirksvertretung als auch der Stadtverwaltung einzubeziehen und regelmäßige Bürger\*innenversammlungen zur Information zu veranstalten. Bisher stießen diese Bemühungen allerdings auf taube Ohren.

Selbst unser Antrag auf Informationsschaukästen, wie sie oft an Sportplätzen angebracht werden, lehnten die anderen Parteien ohne jeglichen Kommentar ab.

Mittlerweile informieren wir die Bürgerinnen und Bürger selbst über wichtige Termine im Stadtbezirk durch Aushang in unseren Info-Schaukästen. Fakt ist, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich alle Bürger\*innen selber Informationen über die Tageszeitung oder das Internet beschaffen können.

Nur durch eine umfassende Information und der möglichst weitgehende Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger können wir das Vertrauen in Politik und Verwaltung wiederherstellen und nachhaltig gegen Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit wirken. Dies käme dem Stadtbezirk letztlich auf vielen Ebenen sehr zugute.

#### Klirrende Tassen und schnibbelnde Autofahrer

Aus dem gesamten Stadtbezirk liegen Anwohnerbeschwerden über unzumutbaren Verkehrslärm, insbesondere durch Lkws vor. Mehr Lkw-Verkehr führt zu mehr Straßenschäden, welche wiederum den Lärmpegel erhöhen. Besonders nachts können bereits wenige Brummis den Bürger\*innen eines ganzen Ortes die Nachtruhe rauben. Navigationsgeräte führen den Verkehr direkt durch die Wohngebiete, besonders bei Staus auf der Autobahn. Doch hier haben die Lkws nichts zu suchen. Daher fordern wir mit Nachdruck LKW-Durchfahrtsverbote an allen relevanten Stellen. Doch entweder werden unsere Anträge von SPD und CDU abgelehnt (zum Beispiel am Steinsweg) oder die Stadtverwaltung weigert sich, unsere Anträge umzusetzen (Harpener Hellweg)!

Dabei stellen wir fest, dass es in Nachbargemeinden mit dem Verbot viel besser funktioniert. Zum Beispiel in Bochum, wo die Einfahrt des LKW-Verkehrs auf den

Harpener Hellweg unterbunden worden ist. Das führte zu einer deutlich besseren Straßen- und Lebensqualität in dem Bereich. Wie kann es da sein, dass zwei Städte dieselbe Straße unterschiedlich bewerten?

Der Ortskern von Marten ist ein weiterer Brennpunkt. Die Wohnhäuser der Martener Straße stehen so nah an der Straße, dass das Geschirr in ihren Schränken klappert, wenn ein LKW vorbeifährt. Auch hier erwarten die Bürger\*innen Lösungen.

Es liegt vieles im Argen, auch zum Thema Fahrradverkehr: kaputte oder fehlende Radwege, zugeparkte Radwege, fehlende Fahrradständer an öffentlichen Einrichtungen oder die alltäglichen, rücksichtslosen Autofahrer\*innen. Ein Beispiel: Auf der Lütgendortmunder Straße werden Radfahrer\*innen immer wieder von Autofahrer\*innen trotz Gegenverkehr und schmaler Fahrbahn überholt, abgedrängt und geschnitten. Ganz besonders gefährlich ist der steile Abschnitt zwischen Limbecker Straße und Klarastraße. Weil die Straße für einen separaten Radfahrstreifen zu eng ist, haben wir hier Tempo 30 beantragt. Die SPD-CDU-Mehrheit lehnte das ab. Ebenso erging es unserem Antrag auf Fahrradständer an der Jugendfreizeitstätte in Marten. Die Beispiele zeigen deutlich, welch geringen Stellenwert die sogenannten etablierten Parteien dem Radverkehr zumessen.

#### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. Frank Meyer, 52 Jahre, Mediengestalter
2. Dirk Horstkamp, 39 Jahre, Chemiker
3. Tanja Weiß-Horstkamp, 41 Jahre, Chemie- und Qualitätstechnikerin
4. Marina Kreutzer, 57 Jahre, Beamtin a. D.
5. Monika Henrichs, 50 Jahre, Hausfrau
6. Bärbel Göbel, 67 Jahre, pensionierte Sozialarbeiterin
7. Uwe Tietz, 52 Jahre, Stadtplaner und Wirtschaftsingenieur
8. Coskun Alan, 45 Jahre, selbstständig
9. Lina Fee Philipp, 20 Jahre, Jura-Studentin
10. Gottfried Perz, 56 Jahre, kaufmännischer Angestellter

Weitere Informationen unter:  
[www.gruene-luedo.de](http://www.gruene-luedo.de)

## ALTLASTEN, FREIFLÄCHEN, RADVERKEHR

Wenn man das Engagement unserer Parteimitglieder und -freund\*innen in der ausgehenden Legislaturperiode Revue passieren lässt, sehen wir einen besonderen Erfolg: Wir konnten mehr Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk Mengede von unseren GRÜNEN Zielen und Visionen überzeugen. Nach der Wiederholungswahl in 2012 zogen wir mit drei Fraktionsmitgliedern in die Bezirksvertretung Mengede ein. Dass wir mit Manfred Jockheck den zweiten Stellvertreter des Bezirksbürgermeisters stellen konnten, hat unsere Wirkung in der Öffentlichkeit zusätzlich gefördert. Mit dem Einzug von Axel Kunstmann in den Rat der Stadt Dortmund war auch für eine engere Zusammenarbeit zwischen Bezirksvertretung und Ratsebene eine gute Grundlage geschaffen.

Grundsatz unserer politischen Aktivitäten war und ist Bürgernähe. Wir stehen nicht nur für Anfragen verschiedenster Initiativen im Stadtteil offen sondern arbeiten im Sinne unserer GRÜNEN Vorstellungen mit.

### Groppenbruch und Emscherumbau

Zusammen mit der Groppenbruch-Initiative, den Naturschutzverbänden und ortsansässigen Landwirten haben wir mehr Bürgerinnen und Bürger gegen den Ausbau des Groppenbruch zum Gewerbe- und Industriegebiet mobilisiert. Angesichts geringer Vermarktungschancen stellte die Wirtschaftsförderung das Vorhaben zwischenzeitlich zurück. Wir bleiben weiter am Ball und werden uns für den Erhalt des Grünzugs sowie die Ausweisung weiterer Naturschutzflächen zur Vernetzung bestehender Biotope auch in Zukunft einsetzen.

### Das Jahrhundertprojekts Emscherumbau

der Emschergenossenschaft begleiten wir sehr intensiv. So konnten wir zeitnahe Bürgerinformationsveranstaltungen und eine Beschwerdemanagements einfordern und erreichen. Die erwarteten Belastungen der Bevölkerung in Mengede wurden so

gemindert. Auch entstand so ein Verständnis für Großprojekt im Sinne des Natur- und Umweltschutzes. Da der unterirdische Vortrieb des neuen innerörtlichen Kanalsystems sowie der Bau großer Regenrückhaltebecken noch nicht abgeschlossen ist, bleibt dies auch in den nächsten Jahren ein wichtiges GRÜNES Thema.

### Heuschrecken in Westerfilde

Wohnungspolitisch setzen wir uns für gesunden, bezahlbaren Wohnraum auch für finanzschwächere Bevölkerungsgruppen ein. Wir kämpften für den Erhalt und die Sanierung von Immobilien und gegen ausbeuterische Immobilien-„Heuschrecken“. Mit der Mieterinitiative Westerfilde und mit Unterstützung unserer Landtagsabgeordneten Daniela Schneckenberger berücksichtigte die Enquetekommission Wohnen in Düsseldorf die Wohnproblematik in Westerfilde. Daraus wurde ein bedeutender Beitrag für die Empfehlungen zur Wohnungspolitik des Landes NRW.

Die Mengeder GRÜNEN setzen sich seit Jahren für eine belastungsmindernde, fahrradfreundliche Verkehrsgestaltung ein. So sind verschiedene Kreisverkehrsvorhaben maßgeblich mit GRÜNEM Einfluss verwirklicht worden. Mit neuen GRÜNEN Ansätzen für das lokale Verkehrskonzept sowie Vorschlägen zur Verbesserung der Nahverkehrssituation beschäftigen sich bereits Fachämter der Stadt.

Wir wollen die Einziehung der Straße „Im Siesack“ verhindern. Das entspricht den Bedürfnissen der Rad fahrenden Bevölkerung aber auch den wirtschaftlichen Interessen der örtlichen Landwirte.

### Zahlreiche Altlasten

Bergbau- und Industrie der Vergangenheit haben Mengede viele Altlasten vererbt: Hansemannpark, Säureharzlager, Hafen Achenbach, alte Ziegelei Dörwerstraße, Halde Oestrich. Wir werden auch in den nächsten Jahren die Altlastenbeseitigung im gesamten Stadtbezirk fordern. Nur so können ehemaligen Bergbau- und Industrieflächen erschlossen werden für die Neu-

ansiedlung von Unternehmen und neue wohnortnahe Arbeitsplätze. Wenn Ende 2014 das Kraftwerk Knepper still gelegt wird, entsteht die nächste Herausforderung hinsichtlich Rückbau und Entwicklung von Gewerbeflächen.

### Bildung und Erziehung

Wegen des demografischen Wandels bleibt die Entwicklung einer vielfältigen und bedarfsorientierten Schullandschaft ein Dauerthema. Die BündnisGRÜNEN in Mengede hatten die Gründung der Sekundarschule Westerfilde befürwortet und unterstützt. Auch die Quote für die U3-Betreuung in Kindertageseinrichtungen in Mengede muss angesichts des Bevölkerungszuwachses verbessert werden. Hier soll insbesondere auch der frühzeitigen Integration der stetig wachsenden Zahl junger Familien mit Migrationshintergrund Rechnung getragen werden.

Als Querschnittsaufgabe verstehen wir die weitgehende Unterstützung des Inklusionsgedankens bei allen Vorhaben im Stadtbezirk.

Wir stellen uns den kommenden Herausforderungen mit Engagement und Sachverstand und halten bei unseren OV-Treffen die Türen für alle Interessierten offen: Kommen Sie. Sie sind willkommen.

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. **Isabella Knappmann**, 57 Jahre, Diplom-Pädagogin
2. **Jürgen Utecht**, 49 Jahre, EDV-Techniker
3. **Axel Kunstmann**, 60 Jahre, Gymnasiallehrer
4. **Karsten Hoch**, 41 Jahre, Student
5. **Isabel Backes**, 25 Jahre, Studentin
6. **Rudolf Flüchter**, 56 Jahre, Mediengestalter
7. **Kai von Kolken**, 47 Jahre, Servicetechniker

Weitere Informationen:  
[www.gruene-mengede.de](http://www.gruene-mengede.de)

## ES GEHT ANDERS

Es geht auch anders: Wir GRÜNEN in Scharnhorst hatten immer den Menschen- und Umweltschutz als höchstes Ziel im Auge. Aus der Friedensbewegung hervorgegangen und gegen die Nutzung der Atomenergie stellend haben wir uns zur GRÜNEN Partei entwickelt.

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986 hatte viele Menschen wachgerüttelt, nicht aber SPD und CDU. Als uns 1992 erstmals Dr. Uwe Lahl, damaliger GRÜNER Umweltstaatssekretär in Bremen, über einen großen Umwelt-Skandal in der Hoesch-Sinteranlage in Scharnhorst berichtete, haben wir alles getan, um weitere Umweltverschmutzungen zu verhindern. Unsere Anträge in der Bezirksvertretung Scharnhorst, im Rat der Stadt Dortmund und auf Landesebene führten letztendlich zu einem Untersuchungsausschusses des Landes unter der Mitwirkung von unserer damaligen Landtagsabgeordneten Bärbel Höhn. Und wie erklärte sich der Landtagsabgeordnete aus dem Stadtbezirk Scharnhorst, Bodo Champignon (SPD), zynisch zu diesem Thema: „Dioxine fallen nicht wie Schneeflocken vom Himmel!“ Leider das taten sie doch, mit dem Regen und auch mit den Schneeflocken.

### Gelegenheits-Umweltschützer

Erst nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 begann grundsätzliches Umdenken in weiten Teilen der Politik. Auch im Umweltschutz. Auch in Dortmund?

Da wollten SPD und CDU einen Sportplatz aus einem Schulzentrum in Husen-Kurl verlegen und in einem Naturschutzgebiet neu bauen! Die Nutzung einer alten Zechenbrache kam nicht in Frage. Warum nicht? Die Kosten seien zu hoch – wegen der Schadstoffe, die noch im Boden stecken. Und die wohl niemals entsorgt werden. Alle Pläne und Beschlüsse von SPD und CDU waren verabschiedet, gegen unseren Widerstand und gegen den der Naturschutzverbände. Der Naturschutz spielte keine Rolle mehr.

Also kein Naturschutz in Dortmund-Scharnhorst? Doch, da war noch etwas Anderes. Eine Forensik! Das Land NRW suchte Flächen für einen Neubau. Zwei Flächen in Lünen, eine wiederum auf einer alten Zechenbrache, die andere im Landschaftsschutzgebiet „Im Erlensunde“ an der Stadtgrenze zu Dortmund-Lanstop. Unsere GRÜNE Landesministerin Barbara Steffens musste von Amts wegen die Flächen prüfen. Unüberhörbar schrien SPD, CDU und der Oberbürgermeister auf: „Keine Forensik in ein Landschaftsschutzgebiet!“ Die Ministerin wurde beschimpft. Auch wir GRÜNE im Stadtbezirk machten der Ministerin unmissverständlich klar, dass wir uns gegen Pläne im Landschaftsschutzgebiet – ob nun Forensik oder ein anderer Großbau – stellen werden. Letztlich entschied die Ministerin für den Bau der Forensik auf der Zechenbrache in Lünen.

Was sagt uns das? SPD und CDU im Dortmunder Nordosten fragen nicht nach Natur- oder Landschaftsschutz. Sie machen das so, wie es ihnen eben passt.

Letztendlich lohnte sich unser Einsatz: Eulen und andere Vögel im Erlensunden freuen sich weiter ihrer Freiheit. Und ein Rotmilan-Pärchen hatte sich in Husen-Kurl ansässig gemacht, mit dem eindeutigen Naturschutz-Gesetz den Sportplatz-Neubau verhindert und nicht nur uns GRÜNEN geholfen – ihm selbst und der Natur am meisten.

### Belastender Autohof

Weiter so, in diesem Sinne: Aktuell setzen wir uns für LKW-Fahrverbote auf bestimmten Straßen ein, insbesondere auf der Straße „Im Karrenberg“. Menschen leiden nachweislich unter hohem LKW-Lärm, manche werden davon krank. Daher ist ein ganztätiges LKW-Durchfahrtsverbot unumgänglich, besonders wenn es andere Verbindungen über die B 236 gibt und ein Schild nur wenig Geld kostet.

Auch die Entscheidung von SPD und CDU, in Derne einen großen Autohof zu errichten, ist aus GRÜNER Sicht falsch und unverständlich. Ganz in der Nähe steht

immer noch die alte Mühle in Kirchderne. Viele Menschen kennen sie vielleicht nicht, weil die Flügel fehlen. Sie ist aber ein deutliches Zeichen dafür, dass es sich bei diesem Gebiet um eine Frischluftschneise handelt. Ein Autohof aber bringt Lärm, Gestank, Verkehr und Müll mit sich. Und einen 35 Meter hohem Pylon als Werbeträger. Wer in die neuen Wohnungen nördlich auf dem alten Sportplatz einzieht, wird gar nicht begeistert sein. Und die Leuchtreklame des Pylons wird von seinem Hügel aus weit über Dortmund hinaus strahlen.

### Gute und schlechte Wohnungsgesellschaften

Positives gibt es aber aus Neu-Scharnhorst zu berichten: Die dortigen Wohnungsgesellschaften geben sich größte Mühe, die Wohnungen zu renovieren, wärmetechnisch zu verbessern und das Stadtbild attraktiver erscheinen zu lassen. In der Kirchderner Hochhaussiedlung ist das bereits in hervorragender Weise gelungen.

Im Gegensatz dazu sieht es für die Lanstroper nicht gut aus: Sie beschwerten sich über die vielen Leerstände (22 Prozent), nicht beseitigte Wohnungsmängel, zu hohe Betriebskosten und fehlende Spielplätze. Mittlerweile steht der sechste (!) Eigentümerwechsel an: Die Mieter wurden bereits informiert. Die Heuschrecken lassen grüßen!

**Es gibt also viel zu tun. Wir GRÜNE hoffen, dass sich alles zum Guten entwickelt – für die Bürgerinnen und Bürger.**

### Unsere Kandidat\*innen für die Bezirksvertretung:

1. Raphael Frebel, 29 Jahre, Student
2. Johannes Maeso, 39 Jahre, Flugbegleiter
3. Mamadou Bobo Barry, 37 Jahre, Operativer Entwickler
4. Norbert Ernst, 60 Jahre, Ingenieur
5. Wolfram Frebel, 56 Jahre, Kriminalbeamter
6. Markus Scheffler, 61 Jahre, Industriekaufmann

**Weitere Informationen unter:**  
[scharnhorst.gruene-dortmund.de](http://scharnhorst.gruene-dortmund.de)





## Aufnahmeantrag

Ja! Ich will Mitglied in der Partei  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden.

Vorname

Name

Straße

Nr.

PLZ

Ort

Telefon

Mobil

E-Mail

Fax

Geburts-  
tag

Geschlecht

Staatsangehörigkeit

Beruf

Ich zahle einen Monatsbeitrag in Höhe von  EUR\*  
Die Beitragszahlungen erfolgen jeweils im Voraus

Ich bin damit einverstanden, Einladungen und Infos  
vornehmlich per E-mail statt per Post zu erhalten.

Das spart Zeit und Geld (bitte ankreuzen):

Ja

Nein

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezo-  
genen Daten gespeichert/verarbeitet werden. Die Nutzung  
erfolgt ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke der Partei  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie z.B. Beitragserhebung oder  
Versand von Informationsmaterial. Andere Gebietsverbände  
der Partei können zur Erfüllung der Zwecke Zugriff auf die  
Daten erhalten. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der  
Partei z.B. zu Werbezwecken findet nicht statt. Ich bin nicht  
Mitglied einer anderen Partei.

Ort/Datum:

Unterschrift:

## Einzugsermächtigung

mittels Lastschrift

Der Beitrag wird per Lastschrift eingezogen. Wir bitten um  
Erteilung einer Einzugsermächtigung, die natürlich jederzeit  
widerrufen werden kann.

Hiermit ermächtige ich

Vorname

Name

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widerruflich mittels Lastschrift  
den Mitgliedsbeitrag

monatlich

vierteljährlich

jährlich

einziehen. Der Betrag geht zu Lasten meines Kontos,

IBAN

BIC

Ort/Datum

Unterschrift

\* Der Mitgliedsbeitrag ist ein wichtiges Fundament zur Finanze-  
rung unabhängiger Grüner Politik und guter Serviceangebote für  
Mitglieder. Er beträgt in der Regel 1 % des mtl. Nettoeinkommens  
für Menschen mit steuerpflichtigem Einkommen.

Beiträge sind übrigens steuerabzugsfähig: Eine Beitragsquittung  
(auch über Spenden) versendet die Partei automatisch jeweils am  
Anfang des Folgejahres. Auch Mitglieder ohne steuerpflichtiges Ein-  
kommen werden gebeten, mindestens 5 EUR im Monat zu zahlen.  
Eine Ermäßigung bzw. Erhöhung des Beitrags kann jederzeit beim  
örtlichen Kreis-/Ortsverband beantragt bzw. abgesprochen werden.

Vom Kreisverband auszufüllende Angaben:

Die oben benannte Person wurde am \_\_\_\_\_

im Kreisverband \_\_\_\_\_

Ortsverband \_\_\_\_\_

als Mitglied in der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufge-

nommen. Die Mitglieds-Nummer lautet \_\_\_\_\_

Eine Bestätigung an das neue Mitglied erfolgte am \_\_\_\_\_

Ort/Datum/Unterschrift des Kreis-/Ortsvorstandes

# FRAGEN? ANREGUNGEN? LUST POLITIK IN DORTMUND MITZUGESTALTEN?

**Sprecht uns an – wir freuen uns auf euch!**

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Dortmund**

Königswall 8 · 44137 Dortmund · Tel.: 0231/12 11 71 · Fax.: 0231/12 11 64

E-Mail: [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de) · Internet: [www.gruene-dortmund.de](http://www.gruene-dortmund.de)

**Öffnungszeiten:** montags von 11.00 bis 15.00 Uhr  
donnerstags von 11.00 bis 19.00 Uhr

**Kreisgeschäftsführerin:** Martina Müller

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund**

Friedensplatz 1 · 44122 Dortmund · Tel.: 0231/50 220 78 · Fax.: 0231/50 220 94

E-Mail: [fraktion@gruene-do.de](mailto:fraktion@gruene-do.de) · Internet: [www.gruene-dortmund.de](http://www.gruene-dortmund.de)

### **Ansprechpartner\*innen im Büro:**

Sabine Pezely Fachbereiche Ökologie, Stadtplanung, Wirtschaft und Kultur  
Stefan Neuhaus Fachbereiche Sozialpolitik, Schule, Kinder und Jugend  
Manuela Meyer Büromanagement

## **GRÜNE Jugend Dortmund**

Königswall 8 · 44137 Dortmund

E-Mail: [info@gjdo.de](mailto:info@gjdo.de) · Internet: [www.gjdo.de](http://www.gjdo.de)

## TERMINE

- FR 18. April • ab 12.00 Uhr -> 10. HEINRICH-CZERKUS-GEDÄCHTNISLAUF, Stadion Rote Erde  
SA 19. April bis 21.04.2014 -> OSTERMARSCH  
SA 26. April -> TSCHERNOBYL-JAHRESTAG, An der Reinoldikirche  
DI 29. April • 18.00-20.00 Uhr -> Podiumsdiskussion „KOMMUNALER FORDERUNGSKATALOG FÜR LESBEN, SCHWULE UND TRANSIDENTE“, Reinoldinum  
DI 29. April • 18.00-20.00 Uhr -> Podiumsdiskussion IG BCE REGIONALFORUM DORTMUND, Vincenz-Haus in Dorstfeld  
DO 01. Mai -> DEMO GEGEN RECHTS - Infos dazu: [gruene-dortmund.de](http://gruene-dortmund.de)  
SA 03. Mai • 15.00-17.30 Uhr -> KAFFEEMOBILTUR Reinoldikirche  
SO 04. Mai • 11.00 Uhr -> Podiumsdiskussion - SJD – DIE FALKEN – Kinder- und Jugendtreff Kirchlinde, Westerwikstr. 13  
MI 07. Mai • 19.00 Uhr -> Podiumsdiskussion RUHRNACHRICHTEN/RADIO 91/2, Lensing Conference Center  
FR 09. Mai • 19.00 Uhr -> TALKABEND ZUR EUROPAWAHL  
Ev. Christus-Kirchengemeinde, Martina-Luther-King-Haus, Holtestr. 77  
MI 14. Mai • 18.00 Uhr -> Podiumsdiskussion ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGER UNTERNEHMER, Westf. Industrieclub  
FR 16. Mai -> Fahrradwaschanlage, Phoenixsee  
SA 17. Mai • ab 10.00 Uhr -> Städte-Tour Ruhr  
DI 20. Mai • 19.00 Uhr -> Podiumsdiskussion „DIE STADTGESELLSCHAFT ZWISCHEN EU-POLITIK UND MÖGLICHER ÜBERFORDERUNG - POSITIONEN VOR DEN WAHLEN“  
Ev. Pauluskirche, Schützenstraße 35  
FR 23. Mai • 15.00-17.30 Uhr -> MOBILITÄTSTOUR, Reinoldikirche  
SA 24. Mai • 10-18 Uhr -> WAHLKAMPFABSCHLUSS mit der Bundesvorsitzenden **Simone Peter**, Reinoldikirche  
SO 25. Mai • 18.00 Uhr -> GESCHAFFT! EUROPAWAHL-/ KOMMUNALWAHLPARTY, Rathaus

**IMPRESSUM:** GRinDo ist eine Publikation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Dortmund • Königswall 8 • 44137 Dortmund (Herausgeber)  
Tel. 0231 - 12 11 71 • [info@gruene-dortmund.de](mailto:info@gruene-dortmund.de)

**V. I. S. D. P.:** Hilke Schwingeler (Sprecherin) und Remo Licandro (Sprecher).

**FOTOS:** Benito Barajas 1, 8/9, 11, 16/17, 27, 30 – Manfred Brocks – Jürgen Brunsing 23 – Sven Giegold 6 – Rüdiger Heierhoff 25 – Jochen Linz 28 – mast 22 – Jochen Nölle 25 – Oliver Schaper 21 – Gerd Schmedes 3, 4, 5, 6, 7, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 30, 32 – OV Huckarde 24 – Lea Kunstmann 29 – Gustav Perger 24 – Günter Schmitz 20 – Klaus Sichelschmidt 21 – Ingrid Silvasi 27 – Christiane Ullmann 26 – Guido von Wiecken 10 – Jens Woelki 2.

**REDAKTION:** Jens Woelki

**LAYOUT & TITEL :** Gerd Schmedes -> gabak artistic advice



**DRUCK:** Brasse & Nolte, Dortmund, April 2014

Gedruckt auf EnviroTop (100 Prozent Recyclingpapier, CO<sub>2</sub>-neutral produziert)

**AUFLAGE:** 3.000 Exemplare • Die Abgabe ist kostenfrei.